

zukunfts- gerecht

Wie Transformation Verbindung schafft
– eine politische Handlungsagenda

Was können sozial-ökologische Bündnisse erreichen?

Status Quo und
Zukunftspotenzial der
zivilgesellschaftlichen
Selbstverständigung
in Deutschland

Soziale Sicherung in Krisenzeiten

Zwischen kurzfristiger
Kompensation und
langfristiger
Transformationspolitik

Sozial-ökologische Konfliktfelder

Vorausschauender
Umgang mit
Transformationskonflikten

Ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat?

Institutionelle
Herausforderungen
und mögliche
Lösungsansätze

Perspektiven aus der Praxis

Im Gespräch mit
der Diakonie,
dem BUND,
dem Deutschen
Gewerkschaftsbund
und weiteren



Herausgeber

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig
Potsdamer Straße 105 | 10785 Berlin
+49 (0)30 884 594-0 | mailbox@ioew.de | www.ioew.de

Autor*innen

Helen Sharp, Ulrich Petschow | IÖW

Redaktion

Lara Schultz, Antonia Sladek | IÖW

Kontakt

presse@ioew.de

Gestaltung

Jule Roschlau

Druck

Spreadruck Berlin
gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier
August 2025

Das Magazin steht online als barrierefreies PDF zum Download bereit:
www.ioew.de/zukunftsgerecht



Förderer



Das Projekt „Die sozial-ökologische Transformation gemeinsam gerecht gestalten. Bündnisse von Sozial-, Wohlfahrts-, Umweltverbänden und Gewerkschaften“ wurde gefördert von der Robert Bosch Stiftung.

Inhaltsverzeichnis

Überblick

- 2 Sozial-ökologische Allianzen in krisenhaften Zeiten
Transformation, Bündnisse, neue Krisen und Spannungen

Theoretischer Hintergrund

- 6 Was können sozial-ökologische Bündnisse erreichen?
Status Quo und Zukunftspotenzial der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung in Deutschland
- 12 Soziale Sicherung in Krisenzeiten
Zwischen kurzfristiger Kompensation und langfristiger Transformationspolitik
- 18 Sozial-ökologische Konfliktfelder
Vorausschauender Umgang mit Transformationskonflikten
- 22 Ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat?
Institutionelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze

Interviews

- 26 Perspektiven aus der Praxis
Nur gemeinsam gelingt die sozial-ökologische Transformation
- 28 Wie lassen sich Wirtschaftsbereiche nachhaltig transformieren?
Erfahrungen aus der Zukunftskommission Landwirtschaft
Im Gespräch mit Olaf Bandt und Xenia Brand
- 32 Allianzen für eine sozial-ökologische Transformation: Warum sich der BUND mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zusammentut
Im Gespräch mit Ruth Krohn
- 33 Das sozial-ökologische Existenzminimum als Teil einer neuen Form von Daseinsvorsorge
Im Gespräch mit Anna-Lena Guske und Baro Vicenta Ra Gabbert
- 35 Der Blick fürs Soziale: Neues Selbstverständnis der Umweltverbände
Im Gespräch mit Tobias Pforte-von Randow
- 36 Zukunftsgerichtet unterwegs: Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende
Im Gespräch mit Merlin Jonack, Adelheid Kückelhaus und Martin Stuber

Zusammenfassung

- 40 Das Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen
Acht Thesen zu Bilanz und Perspektiven sozial-ökologischer Bündnisarbeit
- 44 Literaturverzeichnis

Sozial-ökologische Allianzen in krisenhaften Zeiten

Transformation, Bündnisse, neue Krisen und Spannungen

Das Klima-Abkommen von Paris und die Aktivitäten von Fridays For Future waren ein Weckruf: Den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Akteuren wurde schlagartig klar, dass die Gesellschaft vor erheblichen Herausforderungen steht. Mit dem European Green Deal nahm die EU weitreichende und institutionell verankerte Weichenstellungen vor. Auch zivilgesellschaftliche Verbände wie Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände sowie Gewerkschaften haben sich in Dialogprozessen, Bündnissen und Plattformen zusammengefunden, um die Verbindungen von Umwelt- und sozialen Fragen auszuloten. Deutlich wurde: Die Herausforderungen der Klima- und Biodiversitätskrisen erfordern eine **weitreichende sozial-ökologische Transformation**, die nichts weniger als eine gesellschaftliche **Gemeinschaftsaufgabe** darstellt: Die ökologische Frage wird zur sozialen Frage, genauso wie andersherum.

Diese Herausforderungen lassen sich nicht mehr allein über die traditionellen Wege politischer Steuerung und zivilgesellschaftlicher Interessenvertretung bewältigen. Sie erfordern die **Verzahnung sozialer und ökologischer Anliegen** und weitreichende gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Es geht darum, alle Möglichkeiten demokratischer Gestaltung zu nutzen, um das „Wie“ der notwendigen Transformation zu verhandeln. Dabei müssen Fragen von Gerechtigkeit, Akzeptanz und Zusammenhalt in den Fokus rücken. Das stellt gerade auch an die zivilgesellschaftlichen Verbände umfassende Anforderungen.

Die Transformation erfordert eine Verzahnung sozialer und ökologischer Anliegen.

Eine wichtige Strategie, diesen übergreifenden Anforderungen gerecht zu werden, war in den letzten sechs bis sieben Jahren die Bildung neuer **Bündnisse verschiedener gewerkschaftlicher, sozialer und ökologisch orientierter Akteure** der Zivilgesellschaft.¹ Dieser Prozess der Allianzenbildung war und ist ein **Such- und Verständigungsprozess**: Welche Formen der Allianzen sind geeignet, sowohl die Anliegen der einzelnen Verbände voranzutreiben als auch integrierte, sozial-ökologische Lösungsansätze hervorzubringen? Wie gelingt es, auf dieser Basis auch neue Formen der politischen Einflussnahme zu erschließen und welche neuen institutionellen Arrangements braucht es dafür?²

¹ Für eine grundsätzliche Bestandsaufnahme und Einordnung der Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Kooperation siehe auch [Sharp et al. 2020](#); für ein Update der Bestandsaufnahme neuer Allianzen siehe [Lehmann et al. 2022](#).

² Zur Frage nach den notwendigen Strukturen und Kanälen politischer Mitgestaltung siehe [Sharp/Petschow 2021](#).

³ Siehe [Infoseite der Bundesregierung](#) vom 24. Juni 2025.

Am Übergang in eine neue Phase der Bündnisarbeit

Über die letzten Jahre haben die unterschiedlichen Verbände in diesen Fragen vielfältige Erfahrungen gesammelt und ihre individuelle Bilanz ziehen können. Diese Bilanz gilt es, auch gemeinsam zu reflektieren: Wo stehen die unterschiedlichen Allianzen heute? Was ist gelungen, was muss weiterentwickelt werden, gerade auch mit Blick auf die erforderlichen Strukturen der Interaktionen von staatlichen und politischen Akteuren und den Verbänden als zivilgesellschaftlichen Organisationen? Welche neuen Verfahren und Strukturen sind erforderlich und inwieweit können diese darauf ausgerichtet sein, auch die vielfach beschriebenen Demokratiedefizite zu mindern?

Diese erste Phase der Allianzenbildung von sozialen und ökologischen Akteuren (ca. 2018–2021) erfolgte in ruhigen Fahrwassern, was ein gegenseitiges Herantasten und Experimentieren ermöglicht hat. Wir, Helen Sharp und Ulrich Petschow vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), beobachten nun aber, dass sich die Kontexte verändert haben und **sozial-ökologische Allianzen aber auch die politischen Konstellationen vor einer neuen Phase stehen**: In Zeiten von langfristigen Herausforderungen entstehen eine kaum gekannte Frequenz und Parallelität an politischem Entscheidungs- und Gestaltungsbedarf – wie etwa durch die Klima- und Biodiversitätskrise, den weitreichenden technologischen und demografischen Wandel, die Coronapandemie und die geopolitischen Herausforderungen mit Kriegen und dem Zerfall regelbasierter Ordnungen.

Die **soziale Dimension ebenso wie die ökologische Dimension geraten damit unter Druck** und sind eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Auch deshalb, weil Übergangsprozesse, wie zur Klimaneutralität, eng mit Verteilungsfragen verbunden sind, und klimapolitische Instrumente wie Öko-Steuern oder auch Emissionshandel, vielfach regressiv wirken. Zugleich wird vor dem Hintergrund der aktuellen Dynamiken deutlich, dass der Übergang zu den erneuerbaren Energien nicht allein klimapolitisch höchst relevant ist, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Resilienz leisten kann.

Wie können Allianzen von Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden mit den Herausforderungen umgehen?

Klimapolitik muss Verteilungsfragen stellen

Der sozial-ökologische Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen in der Praxis werden im Alltag für viele Bürger*innen so konkret wie nie. Zugleich führen die Herausforderungen zunehmend zu einem trade-off der Mittelverwendungen – auch wenn das unterfinanzierte Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität³ die aktuellen Verteilungskonflikte etwas mindern kann. Die **sozial-ökologische Frage lässt sich, gerade vor dem Hintergrund der Klimaziele, nicht mehr übergehen**. Die Mobilitätswende wird immer drängender und auch die Übernahme von Gebäuden und Verkehr in den EU-Emissionshandel wird zu weiteren finanziellen Belastungen führen. Das wird die Frage nach sozialen Ausgleichsmechanismen in ihrer Relevanz noch verstärken – doch zugleich werden die staatlichen finanziellen Spielräume enger und politische Auseinandersetzungen nehmen zu.

Bilanz ziehen und Wirkung steigern

Vor diesem Hintergrund nimmt das Magazin in den Blick, **wie die Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, aber auch bestehende Allianzen mit diesen Herausforderungen umgegangen sind und umgehen (können)**. Es ist offenkundig, dass die Vernetzung von sozial- und umweltpolitischen Akteuren sowie Gewerkschaften einen großen Sprung gemacht hat – die bislang eher getrennten Netzwerke überlappen sich zunehmend. Das Magazin geht daher den Fragen nach: Welche Lehren werden aus der Zusammenarbeit gezogen? Wie weit reichen die Allianzen und welche Veränderungen können beobachtet werden. **Wird die Zusammenarbeit angesichts der immer offensichtlicheren Zusammenhänge verstärkt?** Oder gibt es „**Auflösungserscheinungen**“ in dem Sinne, als dass sich die verschiedenen Verbände wieder zunehmend auf ihr „Kerngeschäft“ fokussieren wollen oder müssen? Was lässt sich aus den **bisherigen Erfahrungen** zu neuen Allianzen lernen? **Welche Art der Kooperation** ist angesichts der neuen Komplexität an Herausforderungen geeignet, um – politisch wirksam – eine sozial-ökologische Transformationsagenda von zivilgesellschaftlicher Seite voranzutreiben? Was könnten **sowohl kurzfristige** – von der tagespolitischen Agenda vorgegebene – **als auch langfristige gemeinsame Arbeitsschwerpunkte** sein? Es geht uns, den Autor*innen dieses Magazins, insbesondere auch um die Frage, wie zivilgesellschaftliche Organisationen **in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden** werden können.

Für wen ist dieses Magazin?

Wer sich beruflich oder ehrenamtlich in **zivilgesellschaftlichen Organisationen** engagiert, erhält hier einen Überblick über neue Ansätze der Kooperation. Das Magazin regt dazu an, die Zusammenhänge zwischen sozialen und ökologischen Themen neu zu denken. Wenn unterschiedliche Verbände ihr Know-how einbringen und Konfliktthemen diskutieren, geben sie wichtige Impulse für eine tragfähige und gerechte Transformationspolitik. Sprich: für einen Wandel, der gleichsam Gerechtigkeit, Demokratie und Zukunftsfähigkeit stärkt.

Politiker*innen stehen vor der Aufgabe, die „Just Transition“ erfolgreich zu gestalten. Für sie gibt das Magazin Einblicke in Aktivitäten der neuen Allianzen zwischen Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Sozial- und Umweltverbänden. Sie arbeiten an der Schnittstelle von sozial-ökologischen Herausforderungen und können Ansätze für integrierte handlungsfeldübergreifende Zugänge aufzeigen. Das Magazin ermutigt dazu, die organisierte Zivilgesellschaft und ihre Allianzen als Gesprächspartner auf Augenhöhe einzubinden. •

Wie entstand das Magazin?

Das Magazin entstand im Rahmen des von der Robert Bosch Stiftung geförderten Vorhabens „Die sozial-ökologische Transformation gemeinsam gerecht gestalten“. Forschende des IÖW haben aufbauend auf Vorläuferprojekten und einer Literaturanalyse Interviews mit Vertreter*innen von Wohlfahrts-, Sozial- und Umweltverbänden und Gewerkschaften geführt. Zudem organisierten sie thematische Workshops. Für die Kooperationsbereitschaft der Verbände, Wissenschaftler*innen und Ministerien, ohne die das Projekt nicht möglich gewesen wäre, möchten sich die Autor*innen des Magazins herzlich bedanken. Dies gilt auch für die Kolleginnen der Robert Bosch Stiftung, die die Autor*innen fachlich unterstützend begleitet haben.

In einem **ersten Kapitel „Was können sozial-ökologische Bündnisse erreichen?“** (S. 6) geben wir einen Überblick über die **Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen** wie den Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden sowie Gewerkschaften und deren Bündnis- bzw. Allianzenbildungsprozesse der letzten sieben Jahre mit einem besonderen Schwerpunkt auf die aktuelle Situation und mögliche Perspektiven.

In einem **zweiten Kapitel „Soziale Sicherung in Krisenzeiten: Zwischen kurzfristiger Kompensation und langfristiger Transformationspolitik“** (S. 12) gehen wir auf die soziale Sicherung in Krisenzeiten ein. Hier thematisieren wir zum einen die kurzfristige Maßnahmen wie das Klimageld und zum anderen die Entwicklung von Infrastrukturen, die ein ressourcenleichtes Leben überhaupt erst ermöglichen können (erweiterte Daseinsvorsorge).

In einem **dritten Kapitel „Sozial-ökologische Konfliktfelder“** (S. 18) befassen wir uns mit der Notwendigkeit und den Möglichkeiten der systematischen Vorausschau zu möglichen Transformationskonflikten.

In einem **vierten Kapitel „Ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat?“** (S. 22) erläutern wir, welche Rolle die organisierte Zivilgesellschaft in politischen Aushandlungsprozessen bisher gespielt hat und wie sie sich weiterentwickeln könnte.

Im **zweiten Teil des Magazins** (S. 26) kommen Verbandsvertretende – etwa vom **BUND, der Diakonie, Greenpeace, dem DGB und dem NABU** – in Interviews zu Wort.

Abschließend ziehen wir ein Fazit und schauen nach vorn: Wie kann es gelingen, mit den Herausforderungen umzugehen? (S. 40)

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Helen Sharp und Ulrich Petschow (IÖW)



Helen Sharp erforscht am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, wie ökologische und soziale Dimensionen in Transformationsprozessen zusammenhängen. Ihr Fokus liegt auf der Zivilgesellschaft als Ort sozial-ökologischer Selbstverständigung und Innovation, aber auch als Akteur in politischen Prozessen. Darüber hinaus arbeitet die Politikwissenschaftlerin zu Fragen sozialer Gerechtigkeit in verschiedenen Bereichen, etwa beim Windenergieausbau oder im Ressourcenschutz.



Ulrich Petschow ist Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. Seine Schwerpunkte liegen auf sozial-ökologischer Transformation, Postwachstumskonzepten und Innovation. Der Volkswirt ist Experte für alternative Wirtschaftskonzepte und befasst sich etwa mit einem sozial-ökologischen Systemwechsel, um Klima- und Biodiversitätskrisen zu begegnen.

Fotos: IÖW

Was können sozial-ökologische Bündnisse erreichen?

Status Quo und Zukunftspotenzial der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung in Deutschland



Wie wollen und können wir in Zukunft gut leben? Seit einigen Jahren sprechen soziale und ökologische Verbände in diesem Aushandlungsprozess verstärkt mit geeinter Stimme.

Die organisierte Zivilgesellschaft war schon immer ein Ort der Vernetzung, doch äquivalent zur Politikwelt spezialisierten sich die Verbände auf einzelne Sektoren. Mit der Industrialisierung entwickelten sich Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, später kamen mit dem Aufkommen der Umweltfrage Umweltverbände hinzu. Nach dem Pariser Klimaabkommen 2015 wurde klar: Für eine derart weitreichende Transformation sind neue Formen der Kooperation nötig. Seither engagieren sich Verbände zunehmend in wichtigen Verständigungsprozessen für eine nachhaltige und gerechte Zukunft. Doch Pandemie, Kriege und Inflation erschwerten ihren politischen Einfluss. Zeit für eine Bilanz: Wie kooperieren Verbände bisher miteinander und wie könnten sie einflussreicher werden?

Zivilgesellschaftliche Verbände spielen eine wichtige Rolle im politischen Gefüge der Bundesrepublik. Ursprünglich aus besonderen Problemlagen heraus entstanden – einerseits den sozialen Fragen im Kontext der Industrialisierung und andererseits der ökologischen Frage – müssen sie sich heute modernisieren, um wirksam zu bleiben. Durch neue Formen der Zusammenarbeit können sie ihre Relevanz wieder steigern: Die sozial-ökologische Transformation erfordert einen weitreichenden gesellschaftlichen Verständigungsprozess,

bei dem Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände und die Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielen können, gerade durch ihre gesellschaftliche Verankerung. Auch Gegner*innen einer sozial-ökologischen Transformation scheinen das zu erkennen – sie versuchen, zivilgesellschaftliche Organisationen durch ungerechtfertigte populistische Anfeindungen und Falschbehauptungen⁴ zu diskreditieren.

Modernisierung und Öffnung

Verbände sind die klassische Säule der zivilgesellschaftlichen Interessenorganisation: Einerseits „aggregieren“ sie die Interessen ihrer Mitglieder und Ehrenamtlichen, andererseits vertreten sie diese Interessen sowohl politisch als auch medial. Neben der Aktivierung der Öffentlichkeit versuchten die Verbände bis vor einigen Jahren vor allem über die jeweiligen Politikfelder und Ministerien Einfluss zu nehmen: Institutionalisierte Umweltpolitik und Umweltverbände adressierten die Umweltpolitik; Wohlfahrts- und Sozialverbände hingegen die Sozialpolitik. Die Verbände sind innerhalb ihrer

spezifischen Handlungsfelder eng miteinander vernetzt. **Übergreifende Aktivitäten**, also zwischen Verbänden unterschiedlicher Handlungsfelder, waren jedoch im Wesentlichen auf internationale Fragestellungen bezogen.

Neue Formen der Zusammenarbeit können die Relevanz der Verbände wieder steigern.

Allerdings stehen auch die Verbände, durchaus in unterschiedlichem Ausmaß, vor **erheblichen Herausforderungen** – etwa wegen sinkender Mitgliedzahlen (oft altersbedingt) und wegen der abnehmenden Bereitschaft zum längerfristigen verbandlichen Engagement.⁵ Zudem fällt es angestammten Verbänden schwerer, gemeinsame Interessen ihrer Mitglieder zu aggregieren, denn die Interessenvertretung wird kleinteiliger und spezifischer. Zugleich verändert sich die Gesellschaft grundlegend – etwa ist es wünschenswert, Menschen mit internationaler Geschichte mehr für die Verbandsarbeit zu gewinnen.

Daraus ergibt sich Handlungsbedarf: Verbände modernisieren ihre Organisationsstrukturen und Aktionsformen und öffnen sich für neue Formen der Kooperation, gerade auch mit Blick auf die soziale bzw. ökologische Dimension. Durch gemeinsam entwickelte integrierte Ansätze und Stellungnahmen stärken sie ihre Wahrnehmung.

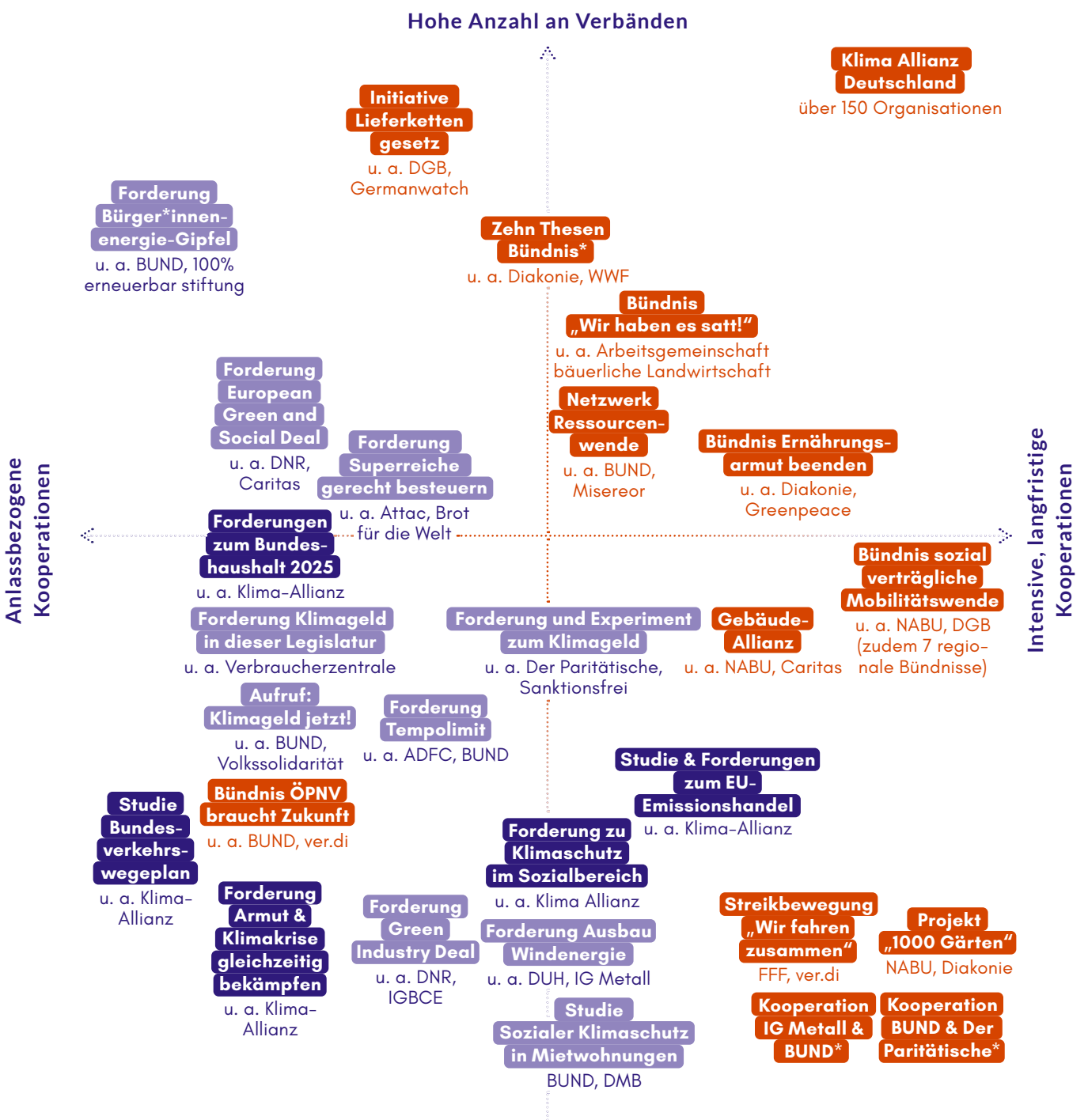
Das Pariser Klimaabkommen als Katalysator neuer Allianzen

Bemühungen, die soziale und ökologische Frage zu verbinden, sind nicht neu. Dennoch hatte das Klima-Abkommen von Paris 2015 – sowie die darauf aufbauende Fridays-For-Future-Bewegung ab 2018 – eine wichtige Signalfunktion. Eine breite Öffentlichkeit nahm die Relevanz des Klimaschutzes und der damit verbundenen tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesse wahr. **So rückten auch die sozialen Fragen der Transformation in den Fokus.** Sozial-, Wohlfahrts-, Umweltverbände und Gewerkschaften bildeten neue Allianzen, um diese Schnittmengen zu bearbeiten (siehe [Abbildung 1, S. 8](#)).

⁴ Darauf reagierten verschiedene Dach- und Spitzenverbände in einem gemeinsamen [Statement vom 18. Juni 2025](#).

⁵ Siehe zum Beispiel [Jäger 2023](#).

Abbildung 1
 Neue Allianzen: Vielfältige Bündnisse, Handlungsfelder und Aktionsformen



Zu vielen Themen der sozial-ökologischen Transformation gibt es bereits zivilgesellschaftliche Bündnisse. Dazu recherchierte das Projektteam im Zeitraum **Mitte 2023 bis Ende 2024** Kooperationen von Umweltverbänden mit mindestens einem Sozial- bzw. Wohlfahrtsverband oder einer Gewerkschaft. Quellen sind Websites, Pressemitteilungen und -berichte. Die Grafik stellt eine Auswahl von Kooperationen vor.

Legende

Die horizontale Achse beschreibt die Intensität der Bündnisse: von gemeinsamen Stellungnahmen bis zu intensiver, meist themenbezogener Kooperation. Die vertikale Achse bildet die Zahl der teilnehmenden Verbände ab.

Kontinuierlich arbeitende **Bündnisse**. Die Intensität der Zusammenarbeit kann schwanken; abgebildet sind Zeitpunkte intensiver Kooperation. Die mit * markierten Bündnisse sind aktuell nicht mehr öffentlich aktiv.

Gemeinsame, meist anlassbezogene **Stellungnahmen**. **Stellungnahme** koordiniert von/mit der Geschäftsstelle der Klima-Allianz, unter Mitwirkung weiterer Verbände.

Warum lohnt es sich, Allianzen zu schmieden – und wie gelingt das?

„Allianzen erleichtern parteiübergreifende Kompromisse, machen gesamtgesellschaftliche Konsense sichtbar und setzen ein starkes Zeichen gegen partikulare Interessen.“

Foto: privat

Daniel Eggstein
 Geschäftsstelle Klima-Allianz

„Allianzen erleichtern parteiübergreifende Kompromisse, machen gesamtgesellschaftliche Konsense sichtbar und setzen ein starkes Zeichen gegen partikulare Interessen. Denn: Sie vereinen unterschiedliche gesellschaftliche Akteure hinter einer gemeinsamen Botschaft.

Der Aufbau neuer zivilgesellschaftlicher Allianzen gelingt besonders durch regelmäßigen Austausch, gezielten Wissenstransfer und die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsbilder. Gemeinsame politische Analysen schaffen eine abgestimmte Sprache und stärken das Vertrauen zwischen den Partnern. Auch die Zusammenarbeit an konkreten politischen Vorschlägen, etwa mit Thinktanks oder Forschungsinstituten, kann neue Verbindungen ermöglichen. Häufig reichen bereits kleine inhaltliche Schnittmengen als Ausgangspunkt.

Bisher konzentrieren sich Verbändebündnisse häufig auf gemeinsame Stellungnahmen und die öffentliche Kommunikation. Das persönliche Gespräch mit politischen Entscheidungsträger*innen kommt dabei oft zu kurz, obwohl es ein besonders wirkungsvoller Hebel sein kann. Dafür braucht es ein belastbares Vertrauensverhältnis unter den Bündnispartnern, das in der Regel nur durch langfristige Zusammenarbeit entsteht. Der Aufwand lohnt sich.

Zudem sollte die Bündnisarbeit nicht auf Bundes- und Landesebene beschränkt bleiben. Lokale Kooperationen können zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort stärken, politische Forderungen greifbarer machen und dazu beitragen, zum Beispiel gesellschaftliche Unterschiede zwischen Stadt und Land zu überwinden.“

Mehr oder weniger zeitgleich sahen staatliche Akteure die Notwendigkeit neuer gesellschaftlicher Verständigungsprozesse. Um massive gesellschaftliche Konflikte zu „befrieden“, bildete die Große Koalition die Kohlekommission und die Zukunftskommission Landwirtschaft und versuchte, die Konflikte im Bereich der Energie- und Landwirtschaftspolitik zu lösen. Zudem entstanden neue Referate – etwa beim Umweltministerium zu Fragen der Transformation und zu Verbändeangelegenheiten – jenseits der starren Trennung von „Umwelt“ und „Sozialem“, auch andere Ministerien etablierten Spiegelreferate. Mit dieser Öffnung traten auch Verbände, die auf die jeweiligen „Politiksilos“ fokussiert waren, stärker in den Austausch, um integrierte Lösungsansätze auszuloten. Diese Prozesse waren keineswegs Selbstläufer, weil teils sehr unterschiedliche Verbandskulturen aufeinandertrafen. Es war fraglich, inwieweit man sich mit dem jeweils „anderen“ Thema befassen sollte und wofür die knappen verbandlichen Ressourcen eingesetzt werden sollten. Trotzdem entstanden Allianzen unterschiedlicher Reichweite – von einzelnen Aktionen über intensive Bündnisarbeit bis hin zur Etablierung von Austauschplattformen wie der Klima-Allianz (siehe Abbildung 1, S. 8).

In Summe kann man diese erste Phase der Allianzbildung als **elementaren gesellschaftlichen Verständigungsprozess** verstehen, der bislang getrennte Politikfelder integrierter betrachtete und zugleich Fragen der Gerechtigkeit und der Verteilung in die Umweltdebatte einbrachte, sodass eine neue Art von Diskurszusammenhang möglich wurde.

Spannungsverhältnisse beim Zusammenwirken

Was lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen lernen? Interviews mit Praxisakteuren zeigten folgende Hürden der bisherigen Zusammenarbeit auf:

Politik im Krisenmodus

Nach hoffnungsvollen Signalen aus der Ampelkoalition setzten Ukrainekrieg, Energiekrise und Inflation die Regierung und Verwaltung unter Druck, sodass die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure nicht hinreichend gelang. Noch immer ist die Wahrnehmung der Allianzaktivitäten in politischen Entscheidungsprozessen zu gering.

Begrenzte Ansatzpunkte in der Gesetzgebung

Politik findet weiterhin in Silos statt, sozial-ökologische Politikprozesse sind wenig etabliert. Sowohl im Sozial- als auch Umweltrecht sind zudem Spezialkenntnisse erforderlich, sodass sich übergeordnete Allianzen in der Regel auf den Prozess vor der rechtlichen Kodifizierung fokussieren.

Abwägen der Kapazität

Allianzprozesse binden verbandliche Ressourcen und müssen letztlich zusätzlich zu den Kernaufgaben bewältigt werden. Überwiegend sind Verbände dazu bereit, die Arbeit an Allianzen aufrechtzuerhalten. In einzelnen Verbänden gibt es jedoch Überlegungen zu einer Refokussierung auf die angestammten Themen oder aber zum Aufbau eigener Kapazitäten – etwa von klimabezogenem Sachverstand in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, um relevante Gesetzgebungsprozesse zu begleiten und klimapolitische Handlungsfelder zu erschließen.

Spannungsfelder zwischen Verbänden

Die Allianzen fokussieren sich auf grundsätzliche Konsensinseln zwischen den Beteiligten. Gleichwohl bleiben Konfliktfelder bestehen, etwa zum Umgang mit CO₂-Speicher-Technologien oder zur Ausgestaltung der Verkehrsinfrastrukturen.

Hinzu kommt, dass die vielfältigen Krisen der 2020er-Jahre die Frage der sozial-ökologischen Transformation in der öffentlichen Wahrnehmung überlagerten. Politische Narrative der Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft („*Mehr Fortschritt wagen*“) sind defensiven Verteidigungspositionen gewichen. Dieser „Backlash“ wurde insbesondere bei den Wahlen zum Europaparlament und der Bundestagswahl deutlich.



Mobilisierungsstarke Bewegungen wie Fridays For Future fehlen gegenwärtig. Zudem ist eine Unsicherheit über die Zukunft festzustellen, was auch mit der Wahrnehmung einer unzureichenden sozialen Absicherung der Transformation zusammenhängt. Die neuen Allianzen sind also eher in die Defensive geraten: Es fehlt eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung, die das Anliegen der sozial-ökologischen Transformation vehement vertritt. Was können sozial-ökologische Allianzen in diesem Kontext bewirken? Unter welchen Bedingungen könnten sie diese starke Bewegung anstoßen und sich gegenseitig in ihren Anliegen stärken?

Gemeinsam vorausdenken: Zukunft verhandeln

Gegenwärtig fehlt eine positive Zukunftserzählung. Es wird immer schwerer, das Pariser Klimaziel überhaupt noch zu erreichen und auch die sozialpolitischen Herausforderungen harren einer Lösung. Angst vor Veränderung zu nehmen – dazu könnten sozial-ökologische Allianzen einen wesentlichen Beitrag leisten. Voraussetzung ist, dass sie ihre Strategien, Dynamiken und gemeinsam positive Zukunftsbilder entwickeln.

Folgende Ansätze sind dafür vielversprechend:

Debatte über die Zukunft Deutschlands/Europas

Wie kann die Zukunft sozial gerecht, inklusiv und nachhaltig sein? Wie können die Ursachen einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung überwunden werden? Diesen gesellschaftlichen Verständigungsprozess braucht es mehr denn je – und zivilgesellschaftliche Allianzen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Ebenso braucht es politische Plattformen, um entsprechende Aushandlungsprozesse voranzubringen (siehe Kapitel 4, S. 22). Allianzen können wesentlich zu positiven Zukunftsbildern beitragen.

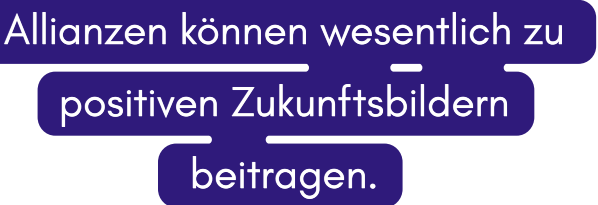
Integrierte Bearbeitung zentraler Zukunftsthemen

Einige der neuen Allianzen entwickeln Ansätze und Formate, um sozial-ökologische Themenkomplexe gemeinsam zu bearbeiten. So stehen die Bereiche Bauen/ Wohnen und Mobilität vor zentralen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Solche konfliktreichen Handlungsfelder bedürfen integrierter transdisziplinärer Ansätze unter intensiver Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Allianzen.⁶

Verbindungslinien zu aktuellen Krisen

Auch in Zeiten der „Politik im Krisenmodus“ gibt es strategische Möglichkeiten, die sozial-ökologische Transformation einzufordern, denn sie lässt sich mit der Lösung aktueller Krisen verbinden. Die Politik sollte die Herausforderungen der Energiekrise etwa mit den Chancen der erneuerbaren Energien verbinden. Die politische Kommunikation könnte so die mit den Erneuerbaren einhergehende Resilienz des Energiesystems in den Mittelpunkt rücken.

⁶ Dazu mehr im Interview mit Olaf Bandt und Xenia Brand auf S. 28.



Mobilisierung

Zugleich ist zu überlegen, wie Verbände Bürger*innen wieder stärker aktivieren können. Wichtig scheint dabei, die „Alltagssorgen“ der Menschen stärker in den Blick zu nehmen.⁷ Zwar sind die Massenproteste von Fridays For Future mit der Corona-Pandemie abgeebbt. Doch aktuell entstehen zunehmend wieder „Bottom-up“-Dynamiken auf der lokalen Ebene,⁸ auch unter Einbeziehung der Verbände, die vielfältige sozial- und ökologisch progressive Forderungen stellen und „auf die Straße“ bringen.

Politische Rückendeckung

Die Politik müsste zivilgesellschaftliche Aktivitäten stärken, u. a. durch „Wissensbroker“-Institutionen und die Beförderung transdisziplinärer Ansätze. Zudem sollten zivilgesellschaftliche Verbände besser in Politikprozesse eingebunden werden (siehe Kapitel 4, S. 22).

Ein solcher Aushandlungsprozess über die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie ist nicht Kür, sondern Pflicht: Deutschland ist (Klima-)Verpflichtungen eingegangen und das Bundesverfassungsgericht forderte 2021 in seinem Klima-Urteil eine generationengerechte Politik ein.⁹ Auch der Internationale Gerichtshof hat im Juli 2025 zum Zusammenhang zwischen Klimawandel und Menschenrechten festgestellt, dass Staaten dazu verpflichtet sind, wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

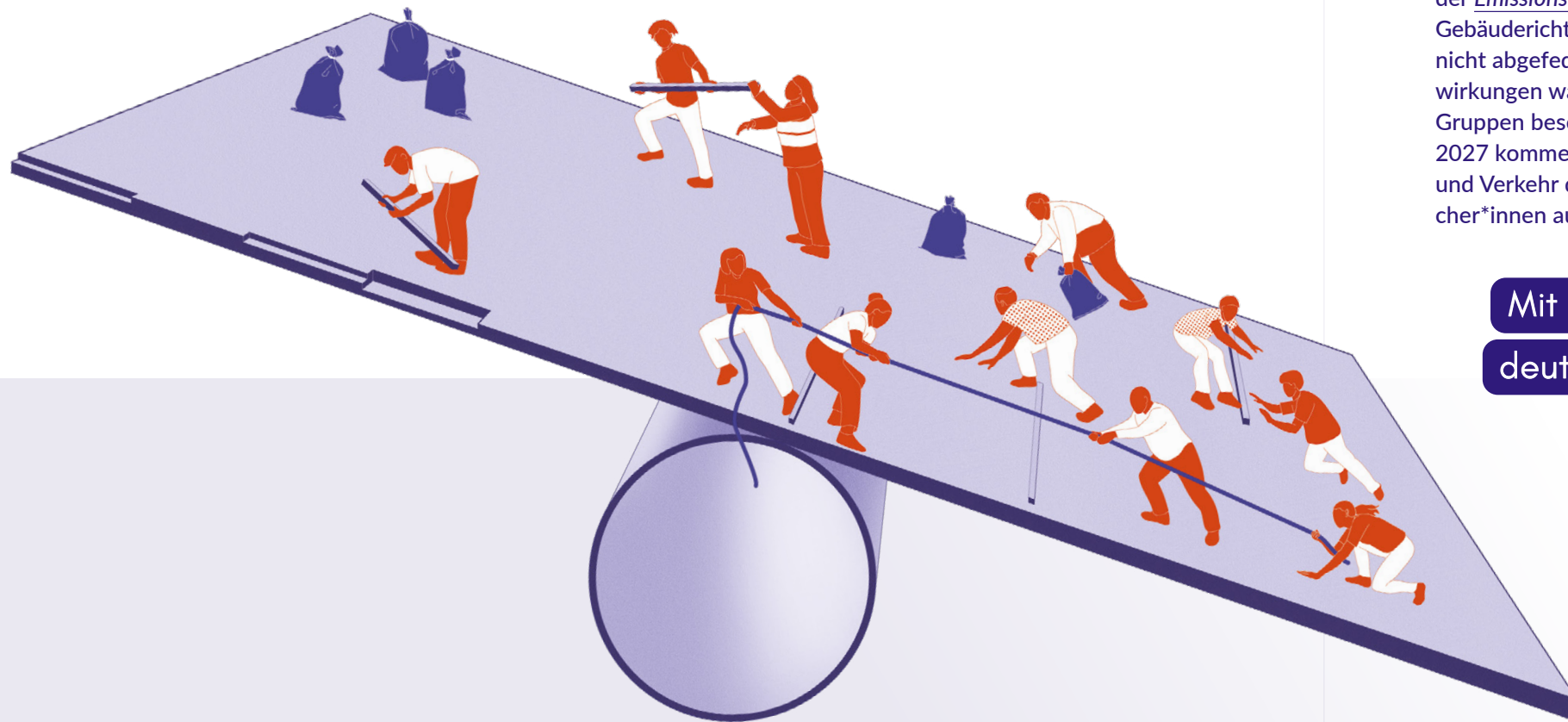
⁷ Siehe zum Beispiel Jäckel et al. 2025, S. 14.

⁸ Beispiele sind der *Hamburger Zukunftsentscheid* oder der *Baumentscheid Berlin*.

⁹ Siehe *Bundesverfassungsgericht 2021*.

Soziale Sicherung in Krisenzeiten

Zwischen kurzfristiger Kompensation und langfristiger Transformationspolitik



Die Schiefeile bei Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Allianzen können für eine nachhaltige Transformation einsteher, die die soziale Lage verbessert anstatt sie zu verschärfen.

Verteilungsfragen sollten elementarer Bestandteil integrierter Politikkonzepte sein. Tatsächlich wird das Spannungsfeld Umwelt und Verteilung zunehmend thematisiert, etwa in Thinktanks zum Gebäudeenergiegesetz (GEG). Doch zum Beispiel bei den vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung des Klima-Sozialfonds wurde die Chance verpasst, zivilgesellschaftliche Verbände in einen umfassenden Partizipationsprozess einzubeziehen. Damit sie den Dialog über die gerechte Transformation besser bereichern können, braucht es handlungsfähige sozial-ökologische Allianzen. Strategisch wichtig ist dafür aus unserer Sicht, **kurzfristige und langfristige Perspektiven zu verzahnen**. Für beide Ansätze stellen wir hier je ein Beispiel vor.

Haushalte bei zunehmenden Klimakosten unterstützen

Über eine **finanzielle Kompensation**, gerade von weniger finanzstarken Haushalten, wird seit einiger Zeit mit Blick auf die Umsetzung ambitionierterer umweltpolitischer Vorhaben diskutiert. Absehbar ist, dass insbesondere der *Emissionshandel (ETS II)* und die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie regressiv wirken, wenn die Belastungen nicht abgefedert werden: Durch ungleiche Verteilungswirkungen wären sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen besonders betroffen. Gerade der ETS II, der 2027 kommen soll, könnte in Bereichen wie Wohnen und Verkehr deutliche Preisentwicklungen für Verbraucher*innen auslösen.

Mit dem ETS II ab 2027 sind deutliche Preisentwicklungen zu erwarten.

Wie soll mit den Verteilungswirkungen politisch umgegangen werden? Viele Ansätze fokussieren darauf, die individuellen Haushaltseinkommen so zu erhöhen, dass Mehrbelastungen insbesondere dort abgefedert werden, wo sie andernfalls die Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe

bedrohen. Klassische Instrumente der Tarifpolitik, eine Erhöhung des Mindestlohns oder die Anpassung von Sozialleistungen, gehören dazu. Des Weiteren werden ein sozial-ökologisches Existenzminimum oder die Einführung eines existenzsichernden (bedingungslosen) Grundeinkommens als langfristig angelegte Reformvorschläge diskutiert. Geläufiger, aber nicht unbedingt sozial zielgerichtet, sind finanzielle Anreize wie die Förderung von E-Mobilität und Solarpanelen auf Einfamilienhäusern.

Debatte „Klimageld“ und Co.: Wie will die Regierung Bürger*innen entlasten?

Die mögliche Einführung eines Klimageldes ist ein konkretes Beispiel für einen direkten sozialen Ausgleichsmechanismus als Antwort auf die zu erwartenden Kostenerhöhungen durch die CO₂-Bepreisung und die Einführung des ETS II. Im Koalitionsvertrag hatte sich die ehemalige **Ampel-Regierung** noch für eine jährliche Entlastungspauschale ausgesprochen: Ein solches Klima-

geld sollte aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung finanziert werden, die derzeit in den Transformationsfonds fließen, aus dem andere Maßnahmen finanziert werden. Es sollte an alle Bundesbürger*innen in gleicher Höhe ausgezahlt werden. Dies würde einen sozialen Ausgleich schaffen, weil einkommensschwache Haushalte in der Regel einen geringeren CO₂-Fußabdruck haben, und damit relativ stärker kompensiert werden als wohlhabendere Haushalte.¹⁰ Das Konzept wurde nie umgesetzt, da die politischen Prioritäten anders gesetzt wurden.

Im *Koalitionsvertrag* von **Union** und **SPD** wird das Klimageld nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Die Parteien wollen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an Bürger*innen und Unternehmen zurückgeben – wie, bleibt jedoch völlig offen. Die bis 2026 verfügbaren Mittel des *Transformationsfonds* sind insbesondere auf industriepolitische Maßnahmen orientiert und für Förderungen im Zusammenhang mit dem GEG verplant.

Fallbeispiel: Aufruf an die Bundesregierung „Klimageld jetzt – für sozial gerechten Klimaschutz!“

BUND, Volkssolidarität, AWO, Diakonie, verdi, Sozialverband VdK, Greenpeace, Der Paritätische

- Einnahmen aus der **nationalen und europäischen CO₂-Bepreisung** an die Bürger*innen zurückgeben
- **Soziale Staffelung** des Klimageldes würde die Verteilungswirkung verbessern
- Ergänzend: **Reform der Schuldenbremse** für kredit-finanzierte Zukunftsinvestitionen (und Sondervermögen), um in Klimaschutz, Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen und ökologische Infrastruktur zu investieren

Zur Pressemeldung vom 10. Januar 2024

¹⁰ Vgl. *Löschel et al. 2024*, S. 29.

Handlungsempfehlungen für sozial-ökologische Allianzen auf einen Blick



- Angesichts der Einführung markt-ökonomischer Instrumente wie Bepreisung und Handel von CO₂-Emissionen sollten finanzielle Ausgleichsinstrumente als Mindestmaß sozialer Absicherung ein strategisches Thema auf der Agenda sozial-ökologischer Allianzen sein. Genauer gesagt braucht es einen gemeinsamen Ansatz zu deren Ausgestaltung. Denn die Verteilungsungleichheiten aus der (ökologisch notwendigen) Anhebung des CO₂-Preises können in Verbindung mit anderen Entwicklungen wie Energiepreiskrise und Inflation zu weitreichenden existenz- und teilhabebedrohenden Belastungen führen. Um eine notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für umweltpolitische Vorstöße zu schaffen, braucht es daher eine möglichst klare und gesellschaftlich breit getragene Vorstellung davon, wie gerechte und wirksame Kompensationsinstrumente aussehen können.
- Ökonomische Ansätze wie CO₂-Preis und Emissionshandel können nur ein Baustein für die sozial-ökologische Transformation sein. Selbst bei hohen Preisen und weitreichenden finanziellen Umverteilungsmechanismen sind sie für sich genommen weder ein Garant für wirksamen Klimaschutz noch für mehr soziale Gerechtigkeit. Dies gilt insbesondere, wenn Betroffene keine Ausweichmöglichkeiten haben – etwa, wenn das Geld für eine energetische Sanierung fehlt oder wenn es auf dem Land keine echte Alternative zum Pkw gibt. Es ist daher vor allem zentral, diese kurzfristigen Steuerungsmechanismen in eine Debatte über grundsätzlichere Transformationsherausforderungen einzubetten, was einen breiteren strategischen Suchprozess auch innerhalb der Zivilgesellschaft erforderlich macht.

„Österreich und die Schweiz zahlen das Klimageld schon aus – es ist keine Utopie.“ *Sanktionsfrei*

Festzuhalten bleibt: Es ist aktuell unklar, ob finanzielle Kompensationsmechanismen wie das Klimageld politisch umgesetzt werden. Daher scheint wichtiger denn je, dass die verschiedenen Verbände nicht nur einzeln, sondern auch in **sozial-ökologischen Allianzen** zu diesen Fragen sprech- und reaktionsfähig sind. In diesem Sinne lohnt es sich aus unserer Sicht, die Debatte zu reflektieren: **Was kann aus der zivilgesellschaftlichen Diskussion um ein Klimageld gelernt werden? Welche strategischen Perspektiven ergeben sich daraus?** •

Was ist eine „Just Transition“?

Eine gerechte Transformation, die „Just Transition“, meint einen sozial gerechten und fairen Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Dabei werden bestehende Interessenkonflikte zwischen sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Transformation politisch und gesellschaftlich ausgehandelt. Die „Just Transition“ ist eine gemeinschaftliche Aufgabe: Das Ziel ist es, Nachhaltigkeitspolitik so zu gestalten, dass negative soziale und wirtschaftliche Folgen abgefedert und faire Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden.¹¹

¹¹ Siehe *Sharp/Petschow 2021*.

¹² Siehe zum Beispiel *Bläsius et al. 2025*.

Gesellschaftliche Transformation und individuelle Teilhabe verknüpfen: Die erweiterte Daseinsvorsorge als verbindender gesellschaftspolitischer Ansatz?

Wir empfehlen den Allianzen einen fokussierten Austausch, um eine gemeinsame, verlässliche Orientierung zu entwickeln, die dann Grundlage für die unterschiedlichsten Debatten sein kann.

Ein **gemeinsamer Fokus auf soziale Sicherung**, gerade auch im Transformationsprozess (Stichwort „Just Transition“) nach dem Motto „*Leave No One Behind*“, kann eine grundsätzliche Verständigungsbasis für zivilgesellschaftliche Verbände darstellen. Die genaue Gestaltung ist noch offen – wir stellen hier einen möglichen Ansatzpunkt vor, nämlich Debatten um **neue und erweiterte Formen der Daseinsvorsorge** bei Unternehmen, mit dem besonderen Fokus auf die Fundamental- und Care-Ökonomie.

Erweiterte Daseinsvorsorge als gemeinsamer Ansatz

Das Konzept der Daseinsvorsorge – sprich der Erhalt und die Entwicklung von gemeinwohlorientierten Infrastrukturen – ist vielversprechend, weil es gesellschaftliche Grundbedürfnisse in den Mittelpunkt stellt, auf soziale Gerechtigkeit zielt und nachhaltige, krisenfestere Strukturen fördert. In den vergangenen, krisengeschüttelten Jahren hat sich die **gesellschaftliche Resilienz** als ein wichtiges Handlungsfeld herausgeschält. Um sie zu stärken, braucht es aus unserer Sicht eine Revitalisierung und Aktualisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Zudem haben Maßnahmen der Daseinsvorsorge – dazu gehören auch soziale Infrastrukturen wie Schulen oder ein guter ÖPNV – progressive Verteilungswirkungen. Schließlich wird zunehmend eine enge Verbindung zwischen dem Abbau wesentlicher Elemente der Daseinsvorsorge und dem Erstarken des Rechtspopulismus angenommen.¹²

Das Konzept der erweiterten Daseinsvorsorge (Fundamentalökonomie) nimmt dabei eine neue Perspektive auf Ökonomie ein, die sich in anderen Denkschulen vielfach auf die Markt- bzw. Wettbewerbsökonomie fokussiert. Es schließt die Wettbewerbsökonomie ein, aber erweitert den Blickwinkel, indem die Vielfalt von Ökonomien einschließlich der gemeinwohlorientierten Ökonomie und wirtschaftlicher (bezahlter und unbezahlter) Aktivitäten betont wird. Diese sind jeweils von eigenen Akteurslogiken und Organisationsformen geprägt (etwa

öffentliche Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden, aber auch freiwilliges Engagement, Gemeinschaftseinrichtungen und Commons).

Eine „vorsorgende“ Wirtschaft, die grundlegende Bedürfnisse und Teilhabe in den Mittelpunkt rückt

Die Fundamentalökonomie hat enge Verbindungen zum Ansatz der „klassischen“ Daseinsvorsorge – also der staatlichen Aufgabe, Güter und Leistungen bereitzustellen, die für das menschliche Dasein notwendig sind. Hierzu zählt zunächst die materielle Alltagsökonomie mit ihren (technischen) kollektiven Versorgungsinfrastrukturen etwa im Bereich Energie, Wasser, Abfall oder Mobilität/Transport. Ebenfalls Teil der materiellen Sphäre sind auch die nahversorgenden Branchen wie der Einzelhandel. Neben der materiellen existiert aber auch eine „vorsorgende“ Fundamentalökonomie, welche insbesondere die zentralen Bereiche der sozialen Infrastrukturen (Bildungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung oder Pflege) umfasst.

Der Ansatz einer erweiterten Daseinsvorsorge zielt auch darauf ab, die technischen und sozialen Infrastrukturen so zu ertüchtigen, dass sie nachhaltige Lebensweisen ermöglichen. Beispiele sind eine Energie- und Verkehrswende, die gleichzeitig die Mobilitäts- und Energiearmut verringern. Auch könnte eine Forderung sein, generell die Bereitstellung der „Universal Basic Services“ (UBS) nachhaltig auszurichten. •

Fallbeispiele:

- Das *Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende* arbeitet für eine bessere Daseinsvorsorge im ÖPNV, siehe Interview *„Zukunftsgerichtet unterwegs“ auf S. 36*.
- Im Aufruf *„Wenn der Markt es nicht mehr bringt. Gemeinwirtschaft wagen“* (2020) sprachen sich der Vorsitzende des BUND und der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes für eine sozial-ökologische Gemeinwirtschaft aus.

Abbildung 2
 Verschiedene Ökonomien und dazugehörige Politikmaßnahmen

Wirtschaftsbereiche	Beschreibung	Zukunftsfähige Politikmaßnahmen
Wettbewerbsökonomie	Marktorientierte Ökonomie	Umsteuerung zur Klimaneutralität: Ökonomische Instrumente, Forschungszulage (FuE), Lead Markets
	Exportorientierte Marktökonomie (zum Beispiel Chemie- und Automobilindustrie)	Neujustierung des exportorientierten Wirtschaftsmodells Steigerung der Resilienz (Lieferketten)
	Finanzialisierung – finanzmarktgetriebene Ökonomie	Einhegung der Finanzmärkte
Daseinsvorsorge (Fundamentalökonomie)	Öffentliche Daseinsvorsorge (zum Beispiel Gesundheit, Energie)	Stabilisierung und Ausbau
	Grundlegende Nahversorgung (zum Beispiel Banken, Lebensmittel-einzelhandel, Apotheken)	Stabilisierung und Ausbau
Kernökonomie von Familie und Gemeinschaft (Care-Ökonomie)	Unbezahlte Arbeit in Familien-/ Gemeinschaftskontexten (zum Beispiel Sorgearbeit, Nachbarschaftshilfe, freiwilliges Engagement)	Aufwertung oder Überführung in die Daseinsvorsorge

Quelle: Eigene Abbildung in Anlehnung an die „*Ökonomie des Alltagslebens*“, Foundational Economy Collective (2019)

Vertreter*innen einer fundamentalökonomischen Perspektive betonen: Eine Stärkung der Daseinsvorsorge als gesellschaftspolitischer Ansatz verspricht, multiple Krisendynamiken effektiv zu adressieren,¹³ etwa:

- Ökologische Zukunftsfähigkeit und (globale) Gerechtigkeit
- Soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Polarisierung
- Ungleichheit von Regionen und Fragilität globaler Lieferketten

¹³ Vgl. *Foundational Economy Collective* 2019, S. 10.

Fazit: Langfristige Strategien stärker in den Fokus rücken

Ideen wie das Klimageld und die erweiterte Daseinsvorsorge ergänzen sich. Das Klimageld und andere Förderinstrumente können als **kurzfristige Maßnahmen** die existierenden ökonomischen Steuerungsinstrumente ergänzen und zugleich abfedern. Sie richten sich an Individuen und kompensieren dort Mehrbelastungen.

Die **längerfristigen Maßnahmen**, die wir erweiterte Daseinsvorsorge nennen, schaffen die Strukturen, die ein ressourcenschonendes Leben (für alle) ermöglichen. Sie können einen wesentlichen kollektiv bereitgestellten Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlbefinden leisten und geben gleichzeitig progressive Antworten gegen die soziale Schieflage. Darum sollten sie in den Allianzen eine stärkere Rolle spielen als bisher.

Handlungsempfehlungen für sozial-ökologische Allianzen auf einen Blick



• Eine neue Stärkung der Daseinsvorsorge ist zentral, um die notwendige sozial-ökologische Transformation in den Bereichen Energie, Mobilität, Ressourcenverbrauch und Nahrungsmittelproduktion voranzubringen, die gesellschaftliche Grundversorgung zu sichern, gute Arbeitsplätze zu schaffen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Damit bietet diese Perspektive eine gute strategische Verbindungslinie für sozial- und umweltpolitische, aber auch gewerkschaftliche Organisationen. Debatten wie die um das Deutschlandticket oder eine dezentrale Energiewende machen deutlich, dass es bereits jetzt viele Anknüpfungspunkte zur konkreten politischen Praxis gibt.

• Mit dem Ansatz einer erweiterten Daseinsvorsorge (Fundamentalökonomie) könnten Allianzen auf strukturell angelegte sozial-ökologische Konfliktpunkte reagieren: Diese Form der Ökonomie ist in der Regel gemeinwohlorientiert und adressiert das gesellschaftliche Wohlbefinden, bringt progressive Verteilungswirkungen mit sich und macht nachhaltigere Lebensformen vielfach überhaupt erst möglich.



Tiefer eintauchen?

Ein einschlägiges deutschsprachiges Werk zur Fundamentalökonomie ist die „Ökonomie des Alltagslebens“ (Suhrkamp Verlag), der englische Originaltitel lautet: Foundational Economy. The Infrastructure of Everyday Life.

Das Buch „Die Ökonomie des Alltagslebens“ stammt von Autor*innen des Foundational Economy Collectives, einem interdisziplinären Kollektiv von Wissenschaftler*innen. Sie betonen, dass der enge Fokus auf die (Weltmarkt-)Ökonomie deutlich erweitert werden muss. Paul Mason verweist auf die Relevanz des Buchs und schreibt, dass es notwendig ist, dass die Gesellschaft jene Dienstleistungen bereitstellt, die die soziale Infrastruktur des alltäglichen Lebens ausmachen“. Wir haben den Begriff der „Foundational Economy“ hier auf den deutschen Kontext bezogen und als erweiterte Daseinsvorsorge bezeichnet: Zu ihr gehören neben grundlegenden Diensten wie Energie oder Gesundheit auch lebensnahe Angebote wie Gastronomie, Handwerk und Freizeit – sie sind für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe unerlässlich.

Sozial-ökologische Konfliktfelder

Vorausschauender Umgang mit
Transformationskonflikten

Knappe Ressourcen, schnelllebiges
Tagesgeschäft: Zivilgesellschaftliche
Organisationen arbeiten meist reaktiv,
statt die im vorigen Kapitel erwähnten
langfristigen Themen proaktiv und
gestaltungsorientiert aufzugreifen.



Im Frühjahr 2023 schlug er ein wie ein Blitz, der „Heizungshammer“: Eine Kampagne der Bildzeitung machte Stimmung gegen die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Diese Debatte zeigt jedoch nicht nur Defizite im Gesetz selbst und in der politischen Kommunikation auf. Sie verweist aber auch auf Defizite der sozial-ökologischen Bündnislandschaft, die politische Kommunikation zu entwickeln. Diese hat zwar die Wichtigkeit eines verbindenden sozial-ökologischen Narratives angesichts des zunehmenden Populismus erkannt, war aber praktisch nicht in der Lage, ein entsprechendes Gegennarrativ wirksam aufzubauen und von politischer Seite einzufordern.

Mögliche Gründe dafür: Die Verbände (und vor allem die Politik) waren nicht auf den Konflikt vorbereitet. Es gelang ihnen nicht, eine glaubwürdige materielle Basis und Erzählung der „sozial-ökologischen Transformation“ zu finden, die von ihren Mitgliedern und von der Breite der Gesellschaft als gerecht empfunden wurde. Zudem: Für eine solche **Erzählung einer gerechten Transformation** wäre zentral gewesen, dass sie auch von der staatlichen Politik mit entsprechender Gestaltungsabsicht unterlegt worden wäre: Das wurde beim (geleakten) GEG-Gesetzentwurf nicht mitgedacht.

Auch jenseits der Debatte ums GEG wurde immer wieder deutlich, dass das Konfliktpotenzial klimapolitischer Maßnahmen eine der größten Hürden für den Klimaschutz darstellen kann. Für zivilgesellschaftliche Verbände heißt dies **neben der eigenen Arbeit an sozial-ökologisch überzeugenden Lösungsansätzen** und damit verbundenen

Narrativen, **Politik mehr denn je in die Verantwortung zu nehmen**: Es geht elementar darum, an der Glaubwürdigkeit des Ansatzes einer „Just Transition“ zu arbeiten. Die zentrale politische Gestaltungsaufgabe der nächsten Jahre ist es, im Spannungsfeld von Transformationsgestaltung und sozialer Sicherung so zu agieren, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird, also dass sich weder die soziale Ungleichheit noch die gesellschaftliche Polarisierung verschärft.

Wie können Verbände Konfliktpotenziale vorausschauender bearbeiten? Ein Pfeiler dafür sind langfristige Perspektiven wie die im vorigen Kapitel vorgestellte **erweiterte Daseinsvorsorge**. Diese ergänzt kurzfristige Einkommensstabilisierung durch umfassende kollektive Versorgungsstrukturen, die klimafreundliche Lebensweisen für alle ermöglichen. Ein solches gemeinsames Verständnis könnte eine wichtige Grundlage sein, um **verbindende sozial-ökologischer Narrative** zu formulieren.

Ein erfolgreiches Manövrieren zwischen kurzfristigen Maßnahmen des Krisenmanagements und langfristigen transformativen Sicherungsstrategien setzt jedoch zwei Dinge voraus: Zum einen die frühzeitige Wahrnehmung und Entwicklung eines Verständnisses (innerhalb der einzelnen Verbände, aber auch in den Allianzen) von anstehenden transformationspolitischen Maßnahmen bzw. Regulierungen. Zum anderen auch ein Bewusstsein für die anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bzw. Verteilungskonflikte und Lösungsansätze im Sinne einer „Just Transition“.

Dunkle Wolken am Horizont der
Transformation? Gegen Verteilungs-
konflikte und soziale Ängste braucht
es einen Schutzschirm.



Existierende und zu erwartende Verteilungskonflikte

Leitfrage: Welche Dynamiken mit gesellschaftlichem Konfliktpotenzial können aus den unterschiedlichen Perspektiven der Verbände identifiziert werden?

Transformationskonflikte betreffen klassischerweise die gerechte **Verteilung von Kosten und Lasten** ökologisch notwendiger Prozesse und eine **Absicherung** gegen Transformationsrisiken. Die „Polykrise“ der letzten Jahre lenkt den Blick zudem auf weitere Aspekte von Sicherung und Gestaltung, nämlich die zunehmenden **Verteilungsungleichheiten** bei Vermögen und Einkommen.¹⁴ Letztere geben die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer „Just Transition“ vor. Gemeinsam ergeben diese Verteilungsdynamiken daher **potenzielle sozial-ökologische Konfliktfelder**, die strategisch berücksichtigt werden müssen. Aus unserer Sicht lassen sich typisierend drei Dimensionen relevanter Verteilungsdynamiken beschreiben:

Konflikte durch erwartbare Kostenerhöhungen mit regressiven Verteilungswirkungen

Das betrifft Versorgungsgüter und -leistungen, die im Zuge von klima- oder umweltpolitischen Maßnahmen teurer werden, aber auch die allgemeine Inflation. Die regressiven Verteilungswirkungen gehen zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen, weil sozio-ökonomisch schwächere Haushalte für entsprechende Güter (insbesondere Wohnen, Energie, Mobilität, Ernährung) einen größeren Anteil ihres Haushaltseinkommens aufbringen müssen. Neben den Maßnahmen des ETS II (*siehe S. 13*) ist es vor allem auch die *EU-Gebäuderichtlinie*, die zunächst den Bereich Bauen/Wohnen verteuern wird, wobei natürlich die Energieeinsparungen gegengerechnet werden müssen.

Konflikte in Bezug auf die finanzielle Absicherung

Relevant ist dabei erstens das System der Sozialversicherungen, weil es vom wirtschaftlichen Wachstum abhängt und durch den demografischen Wandel unter Druck steht. Zweitens ist die politische Bedingtheit sozialer Leistungen und deren Höhe Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Aushandlungen. Drittens ist mit den steigenden Kosten eine zunehmende Auseinandersetzung um die angemessene Höhe von Erwerbseinkommen zu erwarten.

¹⁴ Siehe zum Beispiel *BMWE 2024*.

¹⁵ Dazu positionierten sich Verbände am 27. Juni 2025 in einem *5-Punkte-Plan zum ETS 2*.

¹⁶ Siehe *UBA 2024*.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. *Petersen 2025*, S. 3 f.

Staatliche Finanzierungskonflikte

Mit begrenzten Haushaltsmitteln und zunehmenden staatlichen Gestaltungsaufgaben stellt sich die Frage: Wofür wird Geld ausgegeben? So bezweifeln einige Verbände etwa, dass die Mittel aus dem EU-Klima-Sozialfonds ausreichend sind, und fordern, ihn durch Einnahmen aus dem Emissionshandel zu ergänzen.¹⁵ •

Verteilungsdynamiken führen zu potenziellen sozial-ökologischen Konfliktfeldern, die strategisch berücksichtigt werden müssen.

Die gesellschaftliche Stimmung: Was wissen wir?

Leitfragen: Was ist zu den Einstellungen der Menschen bzw. Stimmungen in der Bevölkerung bekannt? Was lässt sich daraus für sozial-ökologische Narrativen und ihre kommunikative Einbettung lernen?

Traditionell finden politische Debatten und Entscheidungsprozesse schon immer unter dem Einfluss der sogenannten „öffentlichen Meinung“ oder „gesellschaftlichen Stimmung“ statt. In Bezug auf die Gestaltung gerechter Transformationsprozesse ist zuletzt deutlich geworden, wie zentral die gesellschaftliche Stimmung für die Debatten wurde.

Fakten zur gesellschaftliche Stimmung gegenüber Transformationsprozessen:

Weitreichende Zustimmung zur Notwendigkeit von Klimaschutz

Befragungen kommen zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel zunehmend als Bedrohung wahrgenommen wird und die Zustimmung zum Umwelt- und Klimaschutz weiterhin hoch ist. Die Relevanz des Themas nimmt infolge der Polykrisen wie Pandemie, Krieg und Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung ab.¹⁶

Soziale Ängste

Zudem befürchten durch die Transformationsprozesse mehr Menschen stärker als zuvor, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft durch Klimaschutzmaßnahmen größer wird und damit die Ungleichheit zunimmt.¹⁷

Gesunkenes Vertrauen in die Regierung

Die Mehrheit der Bevölkerung traut der aktuellen Regierung nicht zu, das Land voranzubringen; mit Ausnahme im Bereich der Rüstung ist das Vertrauen noch geringer als mit Blick auf die Ampelkoalition.¹⁸ Zudem hat das Vertrauen in politische Institutionen eher abgenommen (*siehe S. 23*).

Daraus ergibt sich ein immenser Handlungsbedarf sowohl bei politischen als auch zivilgesellschaftlichen Akteuren: Der Zusammenhang zwischen Klima- und Umweltpolitik und den Verteilungsaspekten ist systematisch in den Blick zu nehmen und in der Folge sind prozessorientiert glaubwürdige Strategien für eine „Just Transition“ zu entwickeln. Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände sowie Gewerkschaften verfügen über eine große Expertise und Verhandlungsmacht mit Blick auf die Dimensionen

Fallbeispiel: „10 Thesen für einen sozial-ökologischen Neustart“

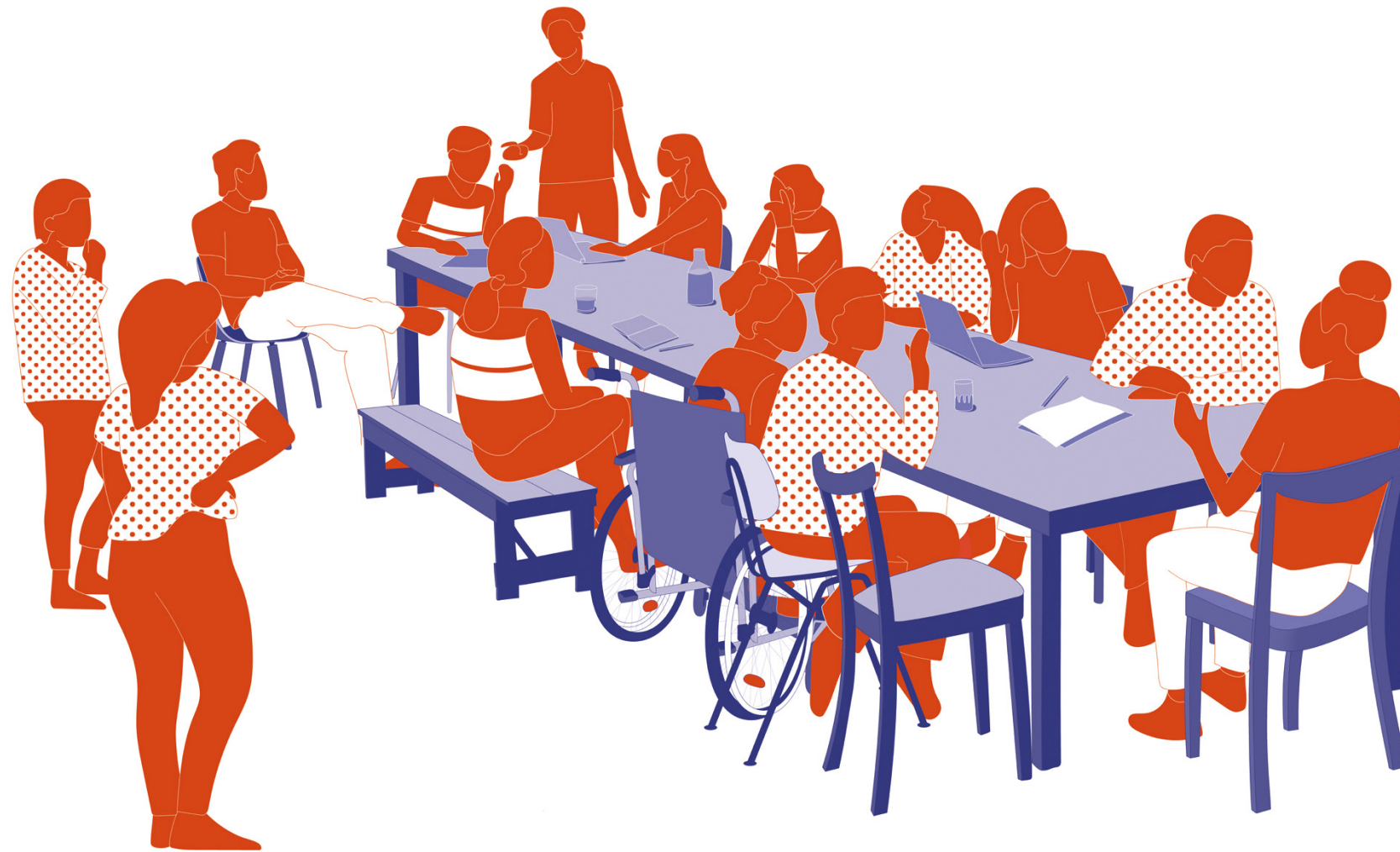
Im August 2023 veröffentlichten rund 45 Sozial- und Umweltorganisationen sowie Gewerkschaften ein *gemeinsames Thesenpapier* mit dem Ziel, ein Bündnis für eine handlungsfeldübergreifende sozial-ökologische Transformationsagenda zu initiieren. Eine der Thesen: Die sozial gerechte Transformation erfordert Umverteilung – mit fairer Lastenteilung durch steuer- und ordnungspolitische Maßnahmen sowie Unterstützungsleistungen für benachteiligte Menschen und Regionen.

Anna-Lena Guske (Diakonie) ordnet ein: „Das Papier ‚Zehn Thesen für einen sozial-ökologischen Neustart‘ hat mit der gemeinsamen Botschaft, dass soziale und ökologische Fragen zusammen gedacht und bearbeitet werden müssen, ein wichtiges Zeichen gesetzt. Der Erarbeitungsprozess hatte eine integrative Wirkung auf die beteiligten Organisationen und war wichtig für die Verständigung untereinander, den Aufbau einer Vertrauensbasis und die Anbahnung von Kooperationen. Die wachsende Zahl der Unterzeichnenden und gemeinsame Aktionen – etwa bei der Demonstration ‚Wir haben es satt‘ im Jahr 2023 – zeigen, dass die Thesen ein wichtiger Referenzpunkt für sozial gerechten Klimaschutz sind.“

Klima, Soziales und Wirtschaft und können sowohl bei den Leitideen als auch bei ganz konkreten Regulierungsansätzen ihr Fachwissen einbringen. Dazu braucht es das Engagement der Verbände im Sinne neuer Allianzen, eine politische Unterstützung und Einbindung dieser Allianzen und das Interesse von Regierung und Parlament an integrierten Lösungsansätzen. •

Ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat?

Institutionelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze



Wer sitzt mit am Tisch, wenn über Zukunft entschieden wird? Es lohnt sich ein Blick darauf, wie die Gesprächsräume zwischen Politik und Zivilgesellschaft aufgebaut sind.

Was braucht es, um die gesellschaftlichen Zielkonflikte der Transformation konstruktiv zu verhandeln? „Mehr Bürgerbeteiligung!“, heißt es oft. Doch Bürgerräte & Co. ersetzen nicht die organisierte Zivilgesellschaft. An der Schnittstelle von Staat und Zivilgesellschaft sollten daher neue institutionelle Strukturen entstehen, in denen unterschiedliche Interessen sichtbar werden, fair abgewogen und in tragfähige, integrierte Lösungen überführt werden können. Eine solche Neujustierung der politischen Prozesse ist entscheidend, um die „Just Transition“ als inklusives Gemeinschaftsprojekt voranzubringen.

Herausforderungen und Suchprozesse

Transformation heißt, einen Strukturwandel zu gestalten – nicht nur in Gesellschaft und Wirtschaft, sondern auch mit Blick auf die Formen der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und Entscheidungsfindung.¹⁹ Denn die Politik steht aktuell vor **multiplen Herausforderungen**: Sie muss komplexe Probleme wie den Klimawandel bewältigen – was nur gemeinsam mit der Gesellschaft gelingen kann. Zugleich gibt es aber eine wachsende **Distanz zwischen Staat und Bürger*innen** – und die Gesellschaft hat sich weitreichend verändert und fragmentiert.

Demokratische Verfahren stehen unter Druck und brauchen eine Neukonfiguration.

Woran zeigt sich diese Distanz und Fragmentierung? Obwohl die Menschen wieder politisierter sind, organisieren sie sich weniger langfristig in Parteien und Verbänden, sondern mehr in kurzlebigen Protestbewegungen.²⁰ In den Parteien, aber auch bei einigen Verbänden, nehmen die Mitgliederzahlen ab, zugleich sinkt die Verbindung zur Lebenswirklichkeit der Menschen.²¹ Dazu kommt: Entscheidungen verlagern sich weg vom (deutschen) Parlament hin zu Fachgremien und internationalen Institutionen, etwa auf EU-Ebene; zugleich erschweren rechtliche Vorgaben kreative und angepasste Lösungen vor Ort.²² Laut Umfragen von 2024 vertrauen (teils deutlich) weniger als die Hälfte der Deutschen in die Parteien, die Regierung und die Demokratie.²³ Insofern stehen demokratische Verfahren unter Druck und es braucht eine Neukonfiguration.

Institutionelle Innovationen greifen bisher zu kurz

Es gibt verschiedene Bemühungen, Vertrauen aufzubauen – doch die bisherigen institutionellen Antworten gehen nicht weit genug: Sie fokussieren sich auf die Einrichtung von **Bürgerräten** oder – etwa in der Energiewende – auf **intensivere Partizipationsansätze** und die Motivierung des Eigeninteresses. Aus unserer Sicht scheint es unabdingbar, dass zusätzlich die Zivilgesellschaft – insbesondere die organisierte – in neuer und anderer Form in Verfahren mit einbezogen wird, denn: Die Verbände sind gesellschaftlich tief verankert. Gerade die neuen Allianzen

¹⁹ Siehe [Sharp 2024](#).

²⁰ Siehe [Jäger 2023](#).

²¹ Vgl. [Jäckel et al. 2025](#), S. 146.

²² Vgl. [Schneidewind 2024](#), S. 120.

²³ Siehe [Eurobarometer 2024](#), S. 2; [Statista 2024](#); [Körber-Stiftung 2024](#). Siehe dazu auch [Zick et al. 2023](#).

zwischen diesen Verbänden ermöglichen es, integrierte Lösungen vorzubereiten – statt das Soziale und das Ökologische gegeneinander auszuspielen. Mit ihrer **Mittlerrolle und Kompetenz** können die Verbände und Allianzen dazu beitragen, soziale Konflikte und Interessengegensätze besser zu verhandeln und die Gemeinschaftsaufgabe der sozial-ökologischen Transformation anzugehen.

Doch Ansätze zur **institutionellen Integration der Zivilgesellschaft** lassen sich weder im Bericht der überparteilichen „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“²⁴ (2025) noch bei den Vorschlägen zur „Handlungsfähigkeit des deutschen Staates in der Klimapolitik“ aus dem Ariadne-Projekt (2025) erkennen. Demgegenüber erwies sich die vom ehemaligen Kanzler Scholz ins Leben gerufene „Allianz für Transformation“ (2022) als interessantes Austauschformat unter Einschluss zivilgesellschaftlicher Verbände: Sie hat relevante Impulse ausgelöst, die aber in der Folge leider nicht hinreichend nachgehalten bzw. weiterentwickelt wurden. Unter der Ampelregierung bauten Ministerien zudem integrative, transformative Kompetenzen auf. Sie richteten Spiegelreferate ein, die sich mit sozial-ökologischen Schnittfeldern befassten und zugleich Anlaufstellen für zivilgesellschaftliche Verbände waren. Diese Zusammenarbeit mit Verbänden litt jedoch unter den Verwerfungen in der Folge des Ukrainekriegs und weiterer Krisen: Der enorme Handlungsdruck führte zum Beispiel zu sehr knappen Fristvorgaben für die Kommentierung von Gesetzentwürfen; Gesprächskanäle schwächten sich ab.²⁵

Zivilgesellschaftliche Organisationen als Gestaltungspartner

Historisch hat sich ein institutionelles Arrangement zwischen Politik und Gesellschaft herausgebildet, das eine möglichst breite Akzeptanz von Entscheidungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern soll. Neben Parteien hatten und haben insbesondere mitgliederstarke gesellschaftliche Organisationen und Interessenvertretungen wie Kirchen, Gewerkschaften, Verbände etc. („organisierte Zivilgesellschaft“) eine **Mittlerfunktion**: Sie sind in engem Austausch einerseits mit ihren Mitgliedern bzw. Mitgliederverbänden und andererseits mit staatlichen und parlamentarischen Akteuren, die Anliegen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vertreten. Wenn sie zudem in Allianzen an integrierten Lösungen arbeiten – über die Silos „Umwelt“ und „Soziales“ hinweg –, tragen sie wesentlich zu den nötigen gesellschaftlichen Verständigungsprozessen bei.

Fallbeispiel: Allianz für Transformation

2022 bis 2025 war das Gremium unter der Leitung des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz aktiv. Er selbst und zuständige Minister*innen diskutierten hier mit Vertreter*innen aus Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften (u. a. DGB, IG BCE, IG Metall, ver.di) sowie Umwelt- und Verbraucherverbänden (u. a. DNR, vzbv, RNE, Klima-Allianz) über den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Themen waren etwa die Sicherung von Fachkräften und Produktionskapazitäten in der Energiewende sowie die Kreislaufwirtschaft.

Mehr Informationen auf www.bundesregierung.de

²⁴ Vgl. [Jäckel et al. 2025](#), S. 144: Der alleinige Fokus liegt dort auf Bürgerräten.

²⁵ Siehe [Sharp et al. 2024](#), basierend auf Interviews mit Akteuren aus Verbänden, Bundespolitik und -verwaltung.

Abbildung 3

Notwendige Strukturen zum Austausch über die „Just Transition“



Quelle: Eigene Darstellung, anknüpfend an [Sharp et al. 2021](#).

Gesellschaftliche Akzeptanz, aber auch die aktive Mitarbeit an Transformationsprozessen u. a. in der Klimapolitik wird davon abhängen, die oben erwähnte Distanz zwischen Staat und Bürger*innen wieder zu verkleinern und komplexe Probleme kompetent zu lösen. Dabei wird es insbesondere auch auf die Schnittstelle von Politik und der organisierten Zivilgesellschaft ankommen (siehe Abbildung 3).

Es sind die Organisationen der Zivilgesellschaft – Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände – die nicht nur das Potenzial, sondern auch die Verantwortung haben, **soziale Bindungskraft** in der Breite der Gesellschaft zu stärken und gleichzeitig individuelle Mitgestaltungswünsche über innerorganisationale Prozesse der Interessenaggregation in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Organisationen der Zivilgesellschaft genießen überwiegend ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung.²⁶

Von einem **demonstrativeren, respektvollen Zusammenwirken auf Augenhöhe** können daher beide Seiten – Politik und organisierte Zivilgesellschaft – profitieren, doch sie müssen auch beide darauf hinwirken: Die Verbände müssten Kapazitäten aufbauen, um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu sozial-ökologischen Themen voranbringen zu können. Dieser Kapazitätsaufbau und auch der Austausch an sich braucht Ressourcen, was die Politik mit Fördermöglichkeiten unterlegen sollte.

Gleichzeitig müsste die Politik mögliche Konfliktpotenziale der Transformation frühzeitig mit der Zivilgesellschaft beraten. So kann diese als **Kompromiss- und Resonanzverstärker** der Transformation wirken.

Ein Beispiel dafür, dass Verbände und Allianzen bisher zu wenig mitgedacht werden, ist der **Klima-Sozialfonds**. Die EU hat den Fonds eingerichtet, um die sozialen Folgen des Emissionshandels für Verkehr und Wohnen für vulnerable Gruppen abzufedern. Die Mitgliedstaaten legen die Kriterien der Mittelvergabe fest. Während es in anderen EU-Ländern dazu breite Partizipationsprozesse gab, hat man in Deutschland diese **Chance vertan**. Statt um einen breit angelegten Partizipationsprozess wie in anderen Ländern ging es letztlich nur um eine punktuelle Einbeziehung. In einer **Stellungnahme** haben sich Verbände zu Wort gemeldet.

Neben der Bundesebene fallen konkrete Umsetzungsentscheidungen für die Transformation vielfach in den Bundesländern und Kommunen. Auch dort können die Verbände ihre Expertise einbringen (siehe auch [Interview S. 36](#)). Auf all diesen Ebenen sollte die Zivilgesellschaft auf Augenhöhe mit der Politik agieren. Denn: Sie ist eine wichtige Gestaltungspartnerin, um tragfähige, integrierte Lösungen auszuhandeln.

²⁶ Siehe [Hummel et al. 2022](#).

Perspektiven aus der Praxis

Nur gemeinsam gelingt die sozial-ökologische Transformation



Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind eng miteinander verbunden. Immer mehr zivilgesellschaftliche Akteure schließen sich deshalb zusammen – wie etwa der Umweltverband NABU mit dem Verkehrsclub Deutschland und dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende. Neue Allianzen wie diese zeigen: Transformation braucht sozial-ökologische Zusammenarbeit. Wir haben Engagierte gefragt, wie gemeinsame Strategien entstehen – auf den folgenden Seiten berichten sie, warum echte Veränderung nur im Schulterschluss gelingen kann.

Die Köpfe zusammenstecken ist wichtig, denn: „Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Neue Allianzen sind daher kein nice-to-have“, so Baro Vicenta Ra Gabbert von Greenpeace im [Interview auf S. 34](#).

Das Kanzleramt setzte die erste Zukunftskommission Landwirtschaft im Sommer 2020 als Reaktion auf anhaltende Bauernproteste ein. Ziel war es, Empfehlungen und Vorschläge für eine nachhaltige, ökologisch und ökonomisch tragfähige sowie sozial verträgliche Landwirtschaft in Deutschland zu erarbeiten. Der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und die AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) entwickelten Empfehlungen mit rund 30 Akteuren aus Landwirtschaft, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz, Wirtschaft sowie Wissenschaft. BUND und AbL waren auch an der zweiten Phase im Jahr 2024 beteiligt.

Wie lassen sich Wirtschaftsbereiche nachhaltig transformieren?

Erfahrungen aus der Zukunftskommission Landwirtschaft

Im Gespräch mit Olaf Bandt und Xenia Brand

Warum haben der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) an den Zukunftskommissionen Landwirtschaft (ZKL) teilgenommen und welche Erwartungen hatten Sie?

Xenia Brand: Die erste ZKL fand 2020 in einer Situation statt, in der es Bauernproteste etwa gegen das Insektenschutzpaket gab. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel schlug vor, wesentliche Akteure an einen Tisch zu bringen und hat persönlich 30 Personen aus Praxis, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft mandatiert, gemeinsame Lösungen zur Zukunft der Landwirtschaft vorzuschlagen. Die gesellschaftliche Stimmung war damals eine ganz andere: Fridays For Future waren etwa sehr aktiv und Ursula von der Leyen rief den Green Deal ins Leben. Es war also klar, dass es auch in der Landwirtschaft Veränderungen braucht. Gleichzeitig standen – und stehen – viele Höfe unter hohem wirtschaftlichem Druck und es war offensichtlich, dass es Veränderungen nicht zum Nulltarif geben kann.

Olaf Bandt: Nach den Bauernprotesten, die sich gegen zentrale ökologische Verbesserungen gestellt hatten, waren unsere Erwartungen gedämpft. Gleichzeitig war klar, dass der ökologische und ökonomische Handlungsdruck für die Betriebe enorm war. Daher haben wir zentrale Forderungen für eine bäuerliche Landwirtschaft entwickelt, die Lebensmittel produziert und gleichzeitig ökologische Leistungen für die Gesellschaft liefert. Wir haben in der ZKL ausgelotet, wo unsere roten Linien sind.

„Wir haben Forderungen für eine bäuerliche Landwirtschaft entwickelt, die Lebensmittel produziert und ökologische Leistungen für die Gesellschaft liefert.“

Wie groß waren die Unterschiede bei den Auffassungen zur Zukunft der Landwirtschaft und welche Brücken konnte die Kommission bauen?

Olaf Bandt: Wir begannen auf Vorschlag des Vorsitzenden der ZKL Prof. Peter Strohschneider damit, uns in die anderen hinein zu denken: Was kann für die andere Seite gut oder zumindest akzeptabel sein? Das war vermutlich für jede*n von uns ein schmerzhafter und gleichzeitig ein wichtiger Perspektivwechsel. Das hat die Grundlage für die erfolgreiche Kommissionsarbeit geschaffen.

Xenia Brand: Für uns war das ein wichtiger Punkt: Denn es muss letztlich um gesamtgesellschaftliche Lösungen gehen. Es war den Beteiligten zu Beginn aber völlig unklar, ob eine solche Kommission überhaupt Erfolg haben könnte.

Olaf Bandt: In fast wöchentlichen Online-Treffen haben wir einen Dialog zu den gegenseitigen Schmerzpunkten aufgebaut. Teilgenommen haben die drei „Bänke“ der Kommission: Agrarwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherseite und Wissenschaft. Wenn wir auf gegenseitige Blockaden gestoßen sind, haben wir weiter diskutiert, um am Ende doch zu gemeinsam abstimmbaren Forderungen zu kommen. Diese Erkenntnis wurde für mich zum Schlüsselement der Kommissionsarbeit: Die Gesprächspartner*innen könnten auch Recht haben – wo ist das Gemeinsame?

„Es war ein schmerzhafter und gleichzeitig ein wichtiger Perspektivwechsel.“

Xenia Brand: Mein Eindruck war auch, dass das Bemühen, den jeweils anderen zu verstehen und persönliches Vertrauen wichtig für den Erfolg waren. Wenn beide Seiten auf die Position der anderen ein Stück zugehen, erfordert das viel Rückgrat und nachher auch das Standing im eigenen Verband, die gefundenen Kompromisse zu erklären und dort Unterstützung zu bekommen.



Xenia Brand ist Bundesgeschäftsführerin des AbL. Sie arbeitet in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin und ist dort Ansprechpartnerin für die Organisation. Ihre Aufgaben umfassen die Koordination und Leitung der bundesweiten Aktivitäten der AbL. Sie brachte die Positionen und Forderungen der AbL in die Diskussionen und Entscheidungsprozesse der ZKL ein. Ihre Forderungen: etwa faire Erzeugerpreise und ein Umbau der Tierhaltung. www.abl-ev.de

Foto: AbL Kontrastfoto



Olaf Bandt ist Vorsitzender des BUND. Der Umweltingenieur engagiert sich seit seiner Jugend in der Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung und setzt sich für Klima-, Arten- und Naturschutz ein. In der ZKL vertrat er etwa Forderungen nach einer wirtschaftlich konkurrenzfähigen und ökologisch tragfähigen Landwirtschaft, gerne in guter Kooperation mit Umweltschützer*innen. www.bund.net

Foto: Simon Naumann

Die Kernidee der ZKL ist: Gesellschaftliche Leistungen müssen sich ökonomisch für die Landwirt*innen lohnen. Es geht nicht nur um einen Einkommensausgleich, sondern auch um einen Einkommensanreiz.

Olaf Bandt: Der Umweltseite ging es darum, wirksame und dauerhaft Veränderungen in der Landwirtschaft zu beschreiben. In der Agrarwirtschaft wurde klar: Ja, wir wollen Veränderungen in der Landwirtschaft – es braucht dafür allerdings Wege, wie die landwirtschaftlichen Betriebe dafür einkommenswirksam honoriert werden.

„Die Kernidee der ZKL:
Gesellschaftliche Leistungen
müssen sich ökonomisch für die
Landwirt*innen lohnen.“

Welche Veränderungen wollten Sie konkret durch die ZKL anstoßen? Sind diese Ergebnisse bereits in die Landwirtschaftspolitik eingeflossen?

Xenia Brand: Die Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) ist eines der wichtigsten agrarpolitischen Steuerungsinstrumente. In der ZKL haben wir uns darauf geeinigt, dass bis 2034 die Flächenprämien schrittweise vollständig umgebaut und zur einkommenswirksamen Honorierung gesellschaftlicher Leistungen – etwa im Klima- und Umweltschutz – der Landwirt*innen genutzt werden soll. Diese Empfehlung haben wir auch in der zweiten Phase der ZKL bestätigt. Allerdings gehen die politischen Maßnahmen der letzten und aktuellen Bundesregierung bisher nicht in die von der ZKL vorgeschlagenen Richtung und auch die gesellschaftliche Stimmung hat sich sehr verändert: weg vom Klimaschutz und weg von sozialen Fragen. Das merken wir auch in der Agrarpolitik und das ist ein großes Problem. Wir erleben einen massiven Rollback an Umweltstandards unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus und der Wettbewerbsfähigkeit. So sind etwa die aktuellen Entwicklungen in der GAP konträr zu dem, was wir in der ZKL vereinbart haben. Ja, Bürokratieabbau ist wichtig und richtig, aber die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte – etwa in der Düngepolitik – zeigen: Wenn man Probleme verschleppt, kommen sie früher oder später zurück und fallen dann den Landwirt*innen durch verschärftes Ordnungsrecht auf die Füße.

Olaf Bandt: Ein Erfolg war der Konsens der Kommission zum Umbau der Tierhaltung in Deutschland. Dafür haben wir die Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung aufgegriffen. In der zweiten Phase der ZKL haben wir im Jahr 2024 zusätzliche Finanzierungsvorschläge im Konsens erarbeitet. Als Kernforderung zur Absicherung der notwendigen Investitionen und der dauerhaften Mehrkosten haben wir gemeinsam eine Anpassung der Mehrwertsteuer gefordert: Der Vorschlag war, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf tierische Produkte wie Fleisch schrittweise anzuheben, um so zusätzliche Mittel für den tierfreundlichen Umbau der Nutztierhaltung bereitzustellen.

„Flächenprämien sollten umgebaut
und zur Honorierung der
Landwirt*innen genutzt werden –
etwa bei Klima- und Umweltschutz.“

Was ist in der Kommission gut gelaufen und kann Vorbild für andere gesellschaftlich umstrittene Handlungsfelder in der sozial-ökologischen Transformation sein? Und was hätten Sie sich in der Umsetzung anders gewünscht?

Olaf Bandt: Durch einen intensiven Dialog und die erzielten Ergebnisse in umstrittenen Handlungsfeldern war die ZKL aus meiner Sicht erfolgreich und bot einen starken gesellschaftlichen Verständigungsimpuls. Gerade die ministeriumsübergreifende Trägerschaft durch das Kanzleramt war einer der Erfolgsfaktoren für eine ausgewogene Besetzung der Kommission und deren Begleitung. Allerdings hatte die politikferne Arbeitsweise der Kommission ihre Licht- und Schattenseiten: Es gelang damit einerseits, einen Zukunftsdialog zu entwickeln, ohne wieder in das Tagesgeschäft der Politik zurückzufallen. So konnten sich die Mitglieder der ZKL aufeinander einlassen, ohne alle Fragen sogleich mit den jeweils zuständigen Ministerien oder den Abgeordneten im Bundestag zu diskutieren.

Andererseits verlor die Kommission auf diese Weise trotz der breiten medialen Berichterstattung den notwendigen Kontakt zur Bundesregierung und erst Recht zur Opposition. Bei einer solch breit angelegten Kommission, deren Ergebnisse über Jahre verlässlich

umgesetzt werden müssen, ist das ein Problem. Daher sollte für zukünftige Kommissionen je nach Thema eine bessere Verknüpfung zur Politik entwickelt werden. Die Umsetzung der Ergebnisse war auch deshalb so zäh, weil in den Ministerien und im Parlament kein echtes Miteinander zu diesem Prozess entwickelt wurde. Ein gutes Beispiel für eine bessere Verknüpfung ist die Arbeit im „*Niedersächsischen Weg*“. Hier wurde eng über Jahre mit verschiedenen Landesregierungen an Natur- und Artenschutz, Biodiversität und dem Umgang mit der Ressource Landschaft gearbeitet.

„Zukünftige Kommissionen sollten
besser mit der Politik verknüpft sein.“

Xenia Brand: Stimmt, mit der Kommission konnten wir der Politik nur Handlungsoptionen aufzeigen. Partizipationsprozesse sollten jedoch, insbesondere wenn sie von der Politik angestoßen werden, sehr ernst genommen werden. Wenn Gremien wie die ZKL oder auch der *Bürgerrat für Ernährung* eingesetzt werden, braucht es ein ernsthaftes politisches Commitment. Ein Vorbild für weitere Formate ist aus meiner Sicht, dass es während der ersten Phase der Kommission den Jugendverbänden des BUND und des Deutschen Bauernverbands gelungen ist, gemeinsame Zielbilder zu entwickeln. Das war ein sehr wichtiger Schritt mit Signalcharakter: Wenn die Jungen es schaffen, einen Kompromiss zu finden, dann sollten wir das auch auf den Weg bekommen.

„Ein Vorbild: Die Jugendverbände
haben gemeinsame Zielbilder
entwickelt.“

Olaf Bandt: Da stimme ich zu. Ich denke auch, dass aus den Erfahrungen der Kommissionen und deren Einbettung in den politischen Prozess viel gelernt werden kann, um tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte einzuhegen und damit neue gesellschaftliche Konsense zu schaffen – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und den Verbänden. Etwa fehlen noch gesellschaftliche Aushandlungsprozesse darüber, was eine „Just Transition“ konkret ausmacht.

Allianzen für eine sozial-ökologische Transformation

Warum sich der BUND mit Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zusammentut

Im Gespräch mit Ruth Krohn

Schauen wir zurück: Wie sehen Ihre Erfahrungen mit den Allianzen aus, an denen der BUND bislang beteiligt war?

Ruth Krohn: Der BUND arbeitet in verschiedenen Formaten mit Gewerkschaften sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden zusammen. Gemeinsam mit der IG Metall haben wir in einem intensiven Dialogprozess *Szenarien für die Zukunft des Mobilitätssektors* erarbeitet. Mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband wurden in der „Zukunftsagenda für die Vielen“ Eckpunkte für eine sozial-ökologische Transformation zusammengefasst. Aktuell arbeiten wir in Bündnissen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zu Themen wie Ressourcenpolitik. Eine Verstetigung der Kooperation, ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sowie realistische Umsetzungsperspektiven sind notwendig, damit die gemeinsame Arbeit gelingt.



Foto: privat

Ruth Krohn arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin für sozial-ökologische Industriepolitik beim BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland). Der BUND setzt sich für Umwelt- und Naturschutz ein. Bundesweit gibt es über 2.000 ehrenamtliche BUND-Gruppen, die direkt in ihrer Region die Themen anpacken, die dort wichtig sind – damit ist er einer der großen Umweltverbände in Deutschland. Der BUND finanziert sich überwiegend aus eigenen Einnahmen – primär durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, damit ist er ein von Politik und Wirtschaft unabhängiger Verband.

„Es gibt viel Verbindendes zwischen Gewerkschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden.“

Wie sieht die Situation bei der Zusammenarbeit für eine sozial-ökologischen Transformation aktuell aus?

Ruth Krohn: Einerseits ist das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation stärker denn je. Andererseits erleben wir eine zunehmende Polarisierung und eine politische Verengung des Debattenraums. Progressive Allianzen müssen ihre Rolle neu bestimmen – auch, um drohenden Rollbacks entgegenzutreten. Wir sehen, dass die gemeinsame Forderung nach einer Transformation deutlich leichter fällt als die Verständigung über deren konkrete Umsetzung. Dennoch gibt es viel Verbindendes zwischen Gewerkschaften, Umweltverbänden sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. So zeigt sich etwa in der aktuellen Haushaltsdebatte eine gemeinsame Forderung nach einer sozial-ökologischen Investitionsoffensive. Auch in Bereichen wie der der gerechten Mobilitätswende gibt es gemeinsame Positionen zwischen den Verbänden. Die Erfahrungen der letzten Jahre – etwa bei der Klimabewegung – haben gezeigt, wie schnell ökologische Notwendigkeiten gegen soziale Interessen ausgespielt werden. Das zeigt: Allianzen müssen nicht nur strategisch, sondern auch kommunikativ resilient sein. Es braucht eine Ansprache, die Brücken baut – nicht Gräben.

Was macht Ihnen Hoffnung bei der Kooperation?

Ruth Krohn: Allianzen von Sozial- und Umweltakteuren sind Räume, um Konflikte – die Transformationen mit sich bringen – zu diskutieren, zu bearbeiten und tragfähige gesellschaftliche Kompromisse zu finden. In Zeiten mit wenig Vertrauen in die Politik ist das eine wichtige Aufgabe. •

Das sozial-ökologische Existenzminimum

Teil einer neuen Form von Daseinsvorsorge

Im Gespräch mit Anna-Lena Guske und Baro Vicenta Ra Gabbert

Wie sind Sie dazu gekommen, soziale Gerechtigkeit und Klimafragen miteinander zu verknüpfen?

Anna-Lena Guske: Soziale Gerechtigkeit in der Klimakrise wurde lange nur in Bezug auf den globalen Süden diskutiert. Die Diakonie weist seit vielen Jahren darauf hin, dass Gerechtigkeitsfragen im Klimaschutz für Deutschland genauso zentral sind. Daher haben wir die Vernetzung von klimapolitischen Akteuren zu diesem Thema von Beginn an unterstützt. Gemeinsam mit vielen Engagierten haben wir mit den „Zehn Thesen für einen sozialen und ökologischen Neustart“ eine inhaltliche Plattform dafür geschaffen. Jährlich richtet die Diakonie ein Vernetzungstreffen mit wechselnden Themen und Partner*innen aus. Daraus ergeben sich viele weitere Kooperationen. Unsere Erfahrung: Wir können viel erreichen, wenn Engagierte aus unterschiedlichen Kontexten gemeinsam an Lösungen arbeiten.

Baro Vicenta Ra Gabbert: Bereits meine Studienwahl Jura war von dem Wunsch getragen, zu verstehen, warum Gesellschaft, Wirtschaft und Zusammenleben so funktionieren, wie sie es tun – und was sich ändern müsste, um den Ungerechtigkeitskrisen unserer Zeit die rechtliche Grundlage zu entziehen. Da Klima und Nachhaltigkeit in meinem Studium nahezu keine Rolle spielten, gründete ich unter anderem eine Hochschulgruppe und dann die Organisation *Climate Clinic e. V.* für diese Themen. Nach dem Studium wollte ich weiter an einer gerechten Zukunft arbeiten und an einem Ort tätig sein, der Gesellschaft gestaltet, Politik verändert, unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und dabei Gerechtigkeitsaspekte immer wieder ins Zentrum rückt. Dafür setze ich mich nun bei Greenpeace ein.

Die Diakonie und Greenpeace arbeiten regelmäßig in Bündnissen und bei Aktionen zusammen – wie kam es dazu?

Baro Vicenta Ra Gabbert: Klimaschutz braucht soziale Gerechtigkeit, um zukunftsfähig zu sein. Starke Bündnisse sind daher essenziell für die Arbeit von Greenpeace, insbesondere mit sozialen Akteur*innen.



Anna-Lena Guske ist Projektleiterin „sozial-ökologische Transformation“ bei der Diakonie. Die Diakonie ist die soziale Arbeit der evangelischen Kirchen. Als Wohlfahrtsverband betreut und unterstützt sie jährlich mehr als zehn Millionen Menschen. Bundesweit sind ca. 700.000 freiwillig Engagierte und rund 627.000 hauptamtliche Mitarbeitende in der Diakonie aktiv. www.diakonie.de

Foto: privat



Baro Vicenta Ra Gabbert ist Juristin und bei Greenpeace Sprecherin für sozial-ökologische Gerechtigkeit. Zu ihren Themenschwerpunkten gehören Klimaschutz und Recht und Generationengerechtigkeit. Greenpeace Deutschland ist eine unabhängige Umweltorganisation, die sich mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzt. www.greenpeace.de

Foto: Lucas Wahl, Greenpeace

„Schulterschlüsse über individuelle Themen und Forderungen hinweg sind Grundlage für eine lebendige Demokratie.“

In Bündnissen können wir voneinander lernen und schlussendlich Lösungen anbieten, die möglichst viele Perspektiven vereinen. Klimaschutz braucht eine starke Zivilgesellschaft, die jedoch aktuell immer wieder unter Druck steht. Daher ist gerade jetzt ein Zusammenrücken notwendig. Schulterschlüsse über individuelle Themen und Forderungen hinweg sind Grundlage für eine lebendige Demokratie. Wir haben uns etwa im Jahr 2023 gemeinsam mit der Diakonie und einem breiten Bündnis von mehr als 30 Organisationen aus dem Sozial- und Umweltbereich für eine sozial gerechte und ökologische Ernährungswende ausgesprochen.

Anna-Lena Guske: Auch wir sind überzeugt: die sozial-ökologische Wende kann nur gelingen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen sich daran beteiligen können. Deshalb unterstützen wir Menschen mit Armutserfahrung bei ihrem politischen Engagement. Oft treffen dann sehr unterschiedliche Lebenswelten aufeinander. Diese Verständigungsprozesse sind eine große Bereicherung für die Debatten.

Warum sind neue Allianzen zwischen Klima- und Sozialakteuren wichtig?

Anna-Lena Guske: Ein Beispiel ist unser Konzept für ein „Existenzminimum in der sozial-ökologischen Transformation“. Es arbeitet die Schnittstelle zwischen Sozial- und Klimapolitik auf und zeigt konkrete Handlungsansätze. So wird das Thema Klimaschutz bei sozialen Akteuren stärker anschlussfähig und eröffnet auch politisch neue Diskussionsräume. Was uns ermutigt: In den letzten Jahren haben viele Umweltverbände das Thema soziale Gerechtigkeit diskutiert und sozial gerechten Klimaschutz als Handlungsfeld etabliert. Auch in der Politik wird der Zusammenhang von Klima und Sozialem immer präsenter. Viel zu häufig werden soziale Fragen aber als Begründung herangezogen, warum Klimaschutz nicht ambitionierter sein dürfe. Dabei sind gerade für Menschen mit geringem Einkommen die Auswirkungen der Klimakrise besonders dramatisch. Sie würden von konsequentem Klimaschutz profitieren – wenn er sozial gerecht gestaltet ist.

Deshalb möchten wir gemeinsam mit unseren Partner*innen zeigen: Soziale Fragen und Klimaschutz sind kein Gegensatz – denn kluger Klimaschutz trägt zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Doch Ressourcen wie Zeit und Geld sind knapp. Im letzten Jahr haben wir zum Beispiel mit Greenpeace das Angebot geschaffen, bei unserer Veranstaltung „Gemeinsam ins Wahljahr – Hands-on für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit“ verbandsübergreifende Strategien und gemeinsame Themen vor der Bundestagswahl 2025 zu entwickeln.

„Unser Konzept für ein Existenzminimum in der sozial-ökologischen Transformation zeigt konkrete Handlungsansätze an der Schnittstelle von Sozial- und Klimapolitik.“

Baro Vicenta Ra Gabbert: Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Neue Allianzen sind daher kein nice-to-have, sondern die Grundlage, um eine sozial-ökologisch gerechte Zukunft zu gestalten. Ich finde Kooperationen immer dann besonders spannend, wenn zwei Expertisen gemeinsam ein größeres Ganzes ergeben und Menschen und Themen verbinden: Wenn etwa ProAsyl und Greenpeace gemeinsam rechtskonforme und umsetzbare Lösungen in der Migrations- und Klimapolitik einfordern. Wenn attac, Greenpeace und andere Organisationen gemeinsam für eine zukunftsfähige Demokratie laut werden – wie kürzlich in der Frankfurter Paulskirche. Oder wenn Greenpeace und zahlreiche andere Organisationen und Gewerkschaften wie ver.di sich für einen sozialverträglichen Ausbau des ÖPNV einsetzen. Komplexe Herausforderungen brauchen komplexe Lösungen – eine starke, verbindende Zivilgesellschaft kann das Rückgrat gesellschaftlichen Wandels sein. •

Der Blick fürs Soziale

Neues Selbstverständnis der Umweltverbände

Im Gespräch mit Tobias Pforte-von Randow

Welche Erfahrungen hat der DNR mit neuen Allianzen zwischen Sozial- und Klimaakteuren?

Tobias Pforte-von Randow: Klimapolitik war bis vor wenigen Jahren vor allem ein Kampf um Aufmerksamkeit in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Mit dem Beschluss politischer Klimaziele rückte jedoch die Umsetzung stärker in den Fokus. Damit wurde auch notwendiger, die eigene Agenda mit anderen gesellschaftlichen Gruppen in Bezug zu setzen. Insbesondere der Austausch mit Gewerkschaften und Sozialverbänden hat den Blick der Umweltverbände nachhaltig geweitet. Früher stand noch die bloße Anerkennung sozialer Interessen im Mittelpunkt. Heute werden die Auswirkungen von Klimapolitik auf die soziale Frage oder den Arbeitsmarkt von Anfang an mitgedacht. Umgekehrt ist das klimapolitische Bewusstsein bei Gewerkschaften und Sozialverbänden heute auch fest verankert und mit ihren Kernthemen verknüpft.

Wie entwickeln sich Bündnisse und die unterschiedlichen Austauschformate jetzt nach der Bundestagswahl 2025?

Tobias Pforte-von Randow: Der Austausch mit Akteuren, wie Gewerkschaften und Sozialverbänden findet weiterhin statt. Aber die Bereitschaft für gemeinsame Positionierungen schwindet. Klimaschutz rutscht in Anbetracht multipler Krisen von vielen Agenden und gemeinsame Stellungnahmen mit Umweltverbänden bieten in den Augen vieler Akteure keinen ausreichenden Mehrwert. Wir Umweltverbände waren lange ‚Agenda-Setter‘ – etwa für das Klimabewusstsein – auch wenn sich das nicht immer in politischen Mehrheiten abbildete. Dafür müssen wir wieder kämpfen. Wie sich die neue Bundesregierung aufstellt und welche Priorität sie gesellschaftlichen Allianzen gibt, ist offen. Der konstruktive demokratische Diskurs ist aber wichtiger denn je – und die Herausforderungen werden nicht kleiner.

Sehen Sie in diesen Herausforderungen auch Chancen?

Tobias Pforte-von Randow: Die Spielräume für ein sichtbares Auftreten der bestehenden Allianzen sind gerade enger geworden. Doch der Austausch findet



Tobias Pforte-von Randow ist stellvertretender politischer Geschäftsführer und Koordinator für Politik und Gesellschaft beim Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen. Der DNR hat in den letzten Jahren gezielt Bündnisse mit Sozialverbänden aufgebaut und setzt sich für eine stärkere Vernetzung von Umwelt- und Sozialpolitik ein.
www.dnr.de Foto: Thorsten Greb/DNR

vielerorts nach wie vor statt – und die gegenseitigen Perspektiven finden weiterhin Beachtung. Es ist nach meiner Überzeugung nur eine Frage der Zeit, bis auch die Politik wieder verstärkt auf den organisierten Austausch gesellschaftlicher Akteure setzen wird. Die Herausforderungen unserer Zeit erlauben keine autoritäre Politik ohne Kompromisse. Für uns Umweltverbände muss es also darum gehen, bestehende Bündnisse auch jenseits der Öffentlichkeit zu pflegen und in rauerer Zeiten belastbare und vertrauensvolle Kontakte zu sichern.

„Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die Politik wieder verstärkt auf den organisierten Austausch gesellschaftlicher Akteure setzen wird.“

Zugleich braucht es neue sichtbare Kooperationen. Die dramatischen Folgen der Klimakrise führen schon jetzt zu neuen Austauschformaten und Bündnissen: Ob mit Pflegeheimen und Krankenkassen zum Hitzeaktionsstag oder mit den Bergsportverbänden zu wegbröselnden Alpen in Folge der Eisschmelze. Ohne gesellschaftliche Allianzen werden wir die drängenden Fragen unserer Zeit nicht beantworten können. •

Wie kann eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende gelingen? Dieser Frage widmet sich das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende, in dem sich NABU, VCD und DGB gemeinsam mit weiteren Umwelt-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften sowie der Evangelischen Kirche engagieren. Das Bündnis besteht sowohl auf Bundesebene als auch in einigen Bundesländern.



Dr. Adelheid Kückelhaus ist Mitglied im Landesvorstand des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) e. V. in Bayern und vertritt den VCD im Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende auf bayerischer Ebene. Unter dem Motto „Mobilität für Menschen“ engagiert sich der VCD seit 1986 für die ökologische und soziale Verkehrswende. Er zählt bundesweit etwa 50.000 Mitglieder. Der Verein schlägt etwa ein Bundesmobilitätsgesetz als gemeinsamen Rahmen für eine konsistente, nachhaltige Verkehrspolitik vor. www.vcd.org www.vcdbayern.de

Foto: Andrea Stützle

Zukunftsgerichtet unterwegs

Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende

Im Gespräch mit Merlin Jonack, Adelheid Kückelhaus und Martin Stuber

Was war Ihre Motivation zur Gründung des Bündnisses Sozialverträgliche Mobilitätswende und wie arbeiten Sie zusammen?

Adelheid Kückelhaus: Meine Motivation als Vertreterin des Verkehrsclubs Deutschland Bayern im Bündnis Sozialverträgliche Verkehrswende ist die Erkenntnis, dass die Mobilitätswende nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens zu erreichen ist. Wir als Umweltverband, der sich primär für das Thema Verkehr engagiert, suchen deshalb Verbündete in anderen sozialen Bereichen – insbesondere bei Sozialverbänden und Gewerkschaften, die mit anderen Perspektiven darauf blicken. Fördernd für die Zusammenarbeit ist die weitgehende Übereinstimmung in dem Ziel einer ökologischen und sozialen Mobilitätswende, zum Beispiel auch in dem Gedanken des ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge.

„Die Pressekonferenz zu unserem Grundsatzpapier öffnete uns die Tür für politische Gespräche.“

Gerade in Bayern befinden wir uns in einer Minderheitenposition gegenüber dem konservativen, von fossilen Interessen geprägten Mainstream. Das schweißt zusammen! Unsere Zusammenarbeit im Bündnis erfolgt über gemeinsame Kickoff- und Planungsworkshops, regelmäßige Online-Treffen und die Arbeit an gemeinsamen Papieren. Bisheriges Highlight war die Pressekonferenz zur Bekanntgabe unseres Grundsatzpapiers, das uns die Tür für politische Gesprächstermine öffnete.

Merlin Jonack: Ich schließe mich an: Es kann herausfordernd sein, Positionen zu finden, in denen sich alle Organisationen wiederfinden. Dass wir trotzdem zusammenarbeiten zeigt, dass auch über die Umweltverbände hinaus eine Mobilitätswende gefordert wird. Dem steht gesellschaftlich und politisch viel Skepsis

entgegen – von der Sorge vor gesellschaftlichem Ausschluss durch den Verlust individueller Mobilität bis zu Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Automobilindustrie. Deshalb ist es wichtig, bei diesem Thema zusammenzuarbeiten und möglichst viele Akteure an einen Tisch zu bringen: Eine vergleichbare Zusammenarbeit von Umwelt- und Sozialverbänden gab es vor dem Bündnis so noch nicht und die gewerkschaftliche Perspektive bringt einen neuen Blick auf das Mobilitätssystem.

„Eine vergleichbare Zusammenarbeit von Umwelt- und Sozialverbänden gab es vor dem Bündnis nicht.“

Martin Stuber: Als der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Jahr 2021 der Einladung des Naturschutzbund Deutschlands (NABU) folgte, am Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende mitzuwirken, gab es viele gute Gründe. Hier nur drei Punkte: Erstens kam die Mobilitätswende nicht voran – weder in den Städten noch auf dem Land, bei der Infrastruktur, den Arbeitswegen, im ÖPNV oder in der Autoindustrie. Die Mobilitätswende ist zweitens – wie die Energiewende – eine Voraussetzung für eine gelingende Transformation. Für den DGB dürfen weder durch die notwendige Dekarbonisierung des Wirtschaftens noch durch die rasante Digitalisierung Menschen abgehängt werden. Drittens bot sich die Chance, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen soziale und ökologische Ziele mit wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielen zu verknüpfen und gemeinsam neue Impulse für die Verkehrspolitik zu setzen.

Wie hat sich das Bündnis im Laufe der Zeit entwickelt?

Merlin Jonack: Während die Mobilitätswende aufgrund der hohen CO₂-Emissionen im Verkehr gerade für Umweltverbände schon lange ein gesetztes Thema war, kommen durch die Kooperation mit Sozialverbänden und Gewerkschaften weitere Aspekte hinzu. Der Ausbau des ÖPNV muss strikt barrierefrei erfolgen – genauso wie der von Ladesäulen. Durch den hohen Altersstand und den Fachkräftemangel im ÖPNV müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, um wieder mehr Menschen für diese Berufe zu begeistern.



Merlin Jonack koordiniert beim Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) seit 2023 unter anderem das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende. Zu seiner Arbeit gehört die regelmäßige Organisation und Moderation von Treffen mit den Bundes- und Landesbündnissen sowie die politische Interessenvertretung des NABU und des Bündnisses in Gesprächen mit Stakeholdern. Der NABU ist der älteste und mit rund 960.000 Mitgliedern und Fördernden – Stand Dezember 2024 – der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. www.nabu.de

Foto: sevens+moltry



In der Bundesvorstandsverwaltung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) ist **Martin Stuber** in der Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik für die Infrastruktur- und Mobilitätspolitik verantwortlich. Der DGB organisiert 5,6 Millionen Mitglieder aus acht Gewerkschaften und ist Experte zum Thema Arbeit, er steht hinter den Beschäftigten in allen Berufsgruppen. Mit Mut, Kraft und Optimismus setzt sich der DGB für gerechte, solidarische Verhältnisse in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft ein. www.dgb.de

Foto: Simone M. Neumann

Auch eine Antriebswende bei den Pkw geht mit starken Veränderungen für die Beschäftigten im Automobilsektor einher. Dieser Wandel muss begleitet werden, damit die notwendigen Veränderungen nicht mit dem Verlust guter Arbeitsplätze einhergehen. Ohne das Bündnis würden die einzelnen Aspekte weitgehend von den Einzelorganisationen bearbeitet – doch gemeinsam finden sie mehr Gehör: Das Bündnis vertritt mehrere Millionen Menschen in Deutschland.

„Das Bündnis vertritt
mehrere Millionen Menschen
in Deutschland.“

Martin Stuber: Die verkehrspolitische Debatte leidet an der Dominanz von Einzelinteressen. Dem Bündnis ist es bei einigen Themen – Verkehrsinfrastruktur, Transformation der Automobilwirtschaft, ÖPNV-Ausbau und Deutschlandticket – jedoch gelungen, das Ziel eines leistungsfähigen Verkehrssystems mit klimagerechter Mobilität, guter Arbeit, sozialer Teilhabe und Sicherheit zu verknüpfen. Mitbestimmung und tarifliche Bezahlung sind für uns unstrittig. Der Strukturwandel in der Mobilitätswirtschaft muss entschlossen durch regionale Strukturpolitik und aktive Industriepolitik gestaltet werden. Wo Arbeitsplätze in Gefahr sind, müssen den Beschäftigten neue Perspektiven geboten werden.

„Es ist uns gelungen, das Ziel eines
leistungsfähigen Verkehrssystems
mit klimagerechter Mobilität, guter
Arbeit, sozialer Teilhabe und
Sicherheit zu verknüpfen.“

Die Zusammenarbeit mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden hat unseren Blick auf die sozialen Folgen von Veränderungsdruck im Mobilitätsfeld geschärft. Es geht nicht nur um Bezahlbarkeit und flächendeckende Versorgung mit Mobilitätsangeboten, sondern es geht auch um knappe Zeitressourcen, um Zugang im Sinne von Barrierefreiheit und Sicherheit.

Adelheid Kückelhaus: Stimmt! So haben wir im Lauf der Zusammenarbeit eine gute Kommunikation und ein Wir-Gefühl entwickelt. Es gibt viel Kompromissbereitschaft und persönliches Engagement der Akteure. Wir profitieren alle vom Informations- und Erfahrungsaustausch untereinander. Gerade für uns als kleineren Verband ist das Bewusstsein, nicht allein dazustehen, hilfreich. Durch gemeinsame Statements oder auch das gegenseitige Weiterleiten von Veröffentlichungen einzelner Partner können wir eine größere Reichweite und Aufmerksamkeit erreichen. In Bayern haben wir allerdings den Eindruck, dass die Regierung uns noch nicht ernst nimmt. So war die Antwort des Verkehrsministeriums auf unser Grundsatzpapier eher enttäuschend.

Wo liegen die Schwächen und Stärken des Bündnisses auf den Bundes- und Landesebenen? Und was sind die zukünftigen Perspektiven des Bündnisses?

Martin Stuber: Das Bündnis hat die Herausforderung, möglichst konkrete Vorschläge zu machen, ohne dass Abstimmungen zu zeitintensiv sind. Aber wir haben eine breite inhaltliche Basis, um die manchmal überhitzte Mobilitätsdebatte gemeinsam voranzubringen: Es geht nicht nur um Autobahnen, die Bahn oder Radwege – uns geht es etwa auch um gesellschaftliche Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, um Lebensqualität und Gesundheit, um die gerechte Verteilung der Kosten der Mobilitätswende und nicht zuletzt um den Kulturwandel, der für das Erreichen der Klimaziele auch notwendig ist.

Adelheid Kückelhaus: Bei der Erarbeitung des gemeinsamen Grundsatzpapiers des Bündnisses in Bayern wurden gelegentlich unterschiedliche Perspektiven der Beteiligten deutlich. Gewerkschaften müssen zum Beispiel die Interessen der Beschäftigten der Autoindustrie im Blick haben, während ein ökologischer Verkehrsverband den Autoverkehr zugunsten des Umweltverbunds zurückfahren möchte. Kontrovers sind dabei etwa die Antriebswende und ein Stopp des Straßenbaus. Nach meinem Eindruck haben jedoch alle Bündnispartner davon profitiert, sich mit anderen Sichtweisen auseinanderzusetzen, sodass gemeinsame Formulierungen gefunden werden konnten – aber auch gelegentlich ein we-agree-to-disagree. Eine Schwäche – wenn man so will – sind die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen, die unseren Aktionsradius gelegentlich einschränken. Nach der erfolgreichen Startphase wird es nun darauf ankommen, das Bündnis weiter zu festigen und eine

realistische, handlungsorientierte Strategie mit konkreten Umsetzungsschritten zu entwickeln. Dafür ist eine noch stärkere inhaltliche Fokussierung nötig. Die politischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Mobilitätswende haben sich in letzter Zeit eher verschlechtert – der gesellschaftliche Konsens für eine engagierte Klimapolitik bröckelt. Vor diesem Hintergrund wird es umso wichtiger, darzustellen, dass die Transformation hin zu einer klimafreundlichen, nachhaltigen Mobilität nur möglich ist, wenn sie auch dazu beiträgt, Armut und Ungleichheit in unserem Land zu überwinden.

„Eine Transformation hin zu einer
klimafreundlichen, nachhaltigen
Mobilität ist nur möglich, wenn sie
auch dazu beiträgt, Armut und
Ungleichheit zu überwinden.“

Merlin Jonack: Die Bündnisarbeit ist ein Erfolgsprojekt – das liegt unter anderem an der sehr vertrauensvollen Zusammenarbeit, die sich zwischen den einzelnen Akteuren entwickelt hat. Die Mitgliedsorganisationen stehen dabei klar hinter der Bündnisarbeit und räumen ihr – neben dem Tagesgeschäft – Priorität ein. Weiterhin haben wir das Glück, von der Stiftung Mercator gefördert zu werden. Dadurch haben wir die Möglichkeit, die Bündnisaktivitäten besser zu koordinieren und zu planen.

„Das Zusammenspiel aus Bundes-
und Landesebene schafft neue
Möglichkeiten.“

Durch die Landesbündnisse hat sich die Arbeit noch einmal verändert: Zum einen ist Mobilität sehr oft ein Landes- oder Kommunalthema, das auf Landesebene besser bearbeitet werden kann. Zum anderen haben wir in den Landesbündnissen die Expert*innen, die lokale Mobilitätsproblematiken besser einschätzen können.

Perspektivisch wollen wir die Landesbündnisse stärker vernetzen, etwa über eine gemeinsame Jahreskonferenz, und ihnen mehr Handlungsspielraum geben. Das Zusammenspiel aus Bundes- und Landesebene schafft neue Möglichkeiten – etwa, um gemeinsam mit Verkehrsministerien auf Gesetze oder Förderprogramme einzuwirken. So tragen wir zu einer Mobilitätswende bei, die nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch sozial gerecht ist. •

Das Potenzial zivilgesellschaftlicher Organisationen

Acht Thesen zu Bilanz und Perspektiven sozial-ökologischer Bündnisarbeit

„Fortschritt ist kein Selbstläufer. Der heutige ‚Fortschritt‘ macht einmal mehr eine kleine Gruppe von Unternehmen und Investoren reich, während die meisten Menschen entmündigt werden und kaum von der Entwicklung profitieren. Eine neue technologische Vision, welche die Interessen größerer Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, kann sich nur durchsetzen, wenn sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ändern. Wie im 19. Jahrhundert müssen Gegenargumente in den öffentlichen Diskurs eingeführt werden und wir brauchen Organisationen, die die gängige Meinung anfechten.“²⁷

Was können sozial-ökologische Bündnisse erreichen? Status Quo und Zukunftspotenzial der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung in Deutschland

- **These 1:** Die Potenziale gesellschaftlicher Selbstverständigung sind groß, sie müssen allerdings auch erschlossen und im Sinne der sozial-ökologischen Transformation aktiviert werden.
- **These 2:** Die neuen Allianzen sind ein wichtiges Element für die gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe der sozial-ökologischen Transformation.

Unter anderem infolge des Pariser Klimaabkommens haben sich neue Allianzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen gebildet: Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbände sowie Gewerkschaften haben erkannt, dass für die Bewältigung der ökologischen Krisen die soziale Dimension gebraucht wird und umgekehrt. Diese Allianzen haben sich dynamisch entwickelt – sie unterscheiden sich durch die Zahl der teilnehmenden Verbände, ihre Handlungsfeldorientierungen, die zeitliche Reichweite und die Tiefe der Kooperation (*siehe Abbildung 1, S. 8*). Neben den formellen Allianzen haben sich Netzwerke zwischen den Verbänden herausgebildet. Damit ist ein **grundlegender Verständigungsprozess** erfolgt, der weitere Kooperationen erleichtern kann. Zugleich wird deutlich, dass immer mehr Allianzen einen Fokus auf Regionalisierung legen. So können die Bundes-, Landes- und ggf. auch die lokale Ebene verbunden werden und damit neue Allianzpartner vor Ort einbezogen werden. Die Verbände bauen außerdem Kompetenzen im jeweils „anderen“ Feld – bei sozialen oder ökologischen Themen – auf.

Im ersten Kapitel haben wir deutlich gemacht: Die neuen Allianzen geben auf diese Weise den Impuls, das Silodenken in der Politik in Frage zu stellen. Zudem wird von den Verbänden ein **zentraler Beitrag** für grundlegende gesellschaftliche Aushandlungsprozesse im Kontext der sozial-ökologischen Transformation geleistet.

Nach diesen für die Verbände ermutigenden Erfahrungen der Allianzbildung stehen sie nun jedoch vor neuen, großen **Herausforderungen**: Die Kooperation erfordert Kapazitäten bei den beteiligten Verbänden, die in Konkurrenz zu ihren Kernaufgaben stehen. Vertiefte und dauerhaftere Allianzen sind darauf angewiesen, dass externe Fördermittel, etwa durch Stiftungen, bereitgestellt werden. Ein weiteres Spannungsfeld: Die Dimensionen Klima und Soziales sind Querschnittsthemen – konkrete Gesetzgebungsprozesse erfordern jedoch ein hohes Maß an spezifischem Wissen in den Verbänden.

Soziale Sicherung in Krisenzeiten: Zwischen kurzfristiger Kompensation und langfristiger Transformationspolitik

- **These 3:** Der gerechte Umgang mit den Verteilungseffekten ist elementar für das Gelingen der sozial-ökologischen Transformation – dafür stehen die neuen Allianzen.
- **These 4:** Deren Bemühungen für eine gerechte Transformation fokussieren sich gegenwärtig auf Ansätze der individuellen Absicherung. Im Sinne der erweiterten Daseinsvorsorge sollten sie durch kollektive Ansätze der sozialen und technischen Infrastrukturen ergänzt werden.

Die Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrisen ist politisch sowie rechtlich verankert und erfordert weitreichende gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Jedoch wird deutlich, dass etwa Kriege oder die Wohnungsnot in Deutschland kurzfristige Politikmaßnahmen erfordern und die Herausforderungen des Klimawandels in der öffentliche Wahrnehmung nach hinten rücken lassen. Gleichzeitig werden viele Probleme der sozial-ökologischen Transformation zugeordnet – etwa, indem behauptet wird, Klimapolitik schade dem Wirtschaftsstandort. Die sozial-ökologische Transformation darf sich dabei nicht zum Sündenbock machen lassen.

Im zweiten Kapitel haben wir verschiedene Zugänge zur sozialen Sicherung skizziert:

- Die Diskussion um das **Klimageld** – das Konzept meint, dass etwa Einnahmen durch die CO₂-Bepreisung wieder zurückverteilt werden und nicht in den allgemeinen Haushalt des Staates fließen. Grundlegendere, auf die individuellen Kontexte ausgerichtete Diskussionen drehen sich etwa um das sozial-ökologische Existenzminimum.
- Die Diskussion um kollektive Ansätze, die wir als eine **erweiterte Daseinsvorsorge** charakterisieren: Sie setzen darauf, dass die wirtschaftliche und soziale Resilienz gestärkt werden muss. Damit geht die Re-Etablierung einer qualitätsorientierten Daseinsvorsorge einher, die zum gesellschaftlichen Vertrauensaufbau beiträgt und meist mit progressiven Verteilungseffekten verbunden ist. Idealerweise können die sozial-ökologische Transformation und die Wiederbelebung des Gedankens der Daseinsvorsorge Hand in Hand gehen.

Unser Fazit: Der kollektive Ansatz einer erweiterten Daseinsvorsorge kann eng verbunden werden mit dem erforderlichen Umbau der sozialen und technischen Infrastrukturen.

Daseinsvorsorge wird zwar traditionell der kommunalen Ebene zugeordnet, wird aber im Kontext von Klimawandel- und -anpassung generell relevanter. Die Verbände sind oft auch regional verankert: Die Verbände (und die Politik) sollten daher auf der regionalen Ebene im Sinne der Entwicklung sozial-ökologischer Infrastrukturen aktiver werden. Die hier adressierten Verbände sind im Kontext der neuen Allianzen überwiegend auf der Bundesebene aktiv, aber als Verbände vielfach auch auf der regionalen bzw. lokalen Ebene vertreten: Der Ansatz einer erweiterten Daseinsvorsorge kann ein Ankerpunkt für vertiefende Aktivitäten der Verbände sein. Das gilt gerade vor dem Hintergrund, dass demokratische Verantwortung eine gemeinsame Aufgabe der öffentlichen Hand, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors ist, bei der Demokratie, Transformation und Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden.²⁸

²⁷ *Acemoglu/Johnson 2023*, S. 14; siehe dazu auch S. 415 ff. Acemoglu hat den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften im Jahre 2024 verliehen bekommen. In diesem Buch verweisen die Autoren auch auf die Relevanz der Zivilgesellschaft, vgl. S. 416.

²⁸ Siehe zum Beispiel *Macedo Weiß 2025*.

Sozial-ökologische Konfliktfelder: Vorausschauender Umgang mit Transformationskonflikten

- These 5: Verbände sowie die Umwelt- und Klimapolitik müssen Verfahren der Vorausschau systematischer nutzen, um etwa die Politikimplementierung zu stärken.
- These 6: Verbände, ebenso wie die Klimapolitik, müssen dazu nachvollziehbare sozio-technische Pfade für eine gerechte Transformation entwickeln. Vor dem Hintergrund von politisch umkämpften Feldern sollten sie die gesellschaftliche Stimmung wahrnehmen und ihre Narrative anpassen.

Bei einer „Just Transition“ geht es um die Gestaltung von Transformationspolitiken und die konkrete Stimmung bei der Umsetzung. Eine zentrale politische Gestaltungsaufgabe innerhalb der nächsten Jahre wird es sein, im Spannungsfeld von Gestaltung und Sicherung so zu manövrieren, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht gefährdet wird. Heißt: weder gesellschaftliche Ungleichheit noch gesellschaftliche Polarisierung dürfen sich verschärfen.

Der Fokus von umwelt- bzw. klimapolitischen Debatten liegt oft auf Defiziten und Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der Gestaltung von Transformationspolitiken. Hingegen sind die potenzielle Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Dynamiken und die gesellschaftliche Stimmung zunehmend relevant. Das ist gerade vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen wichtig, die nicht mit der sozial-ökologischen Transformation verbunden sind, aber von politischen Gegnern in ihrem Sinne genutzt werden. Es geht also auch um die Prozessgestaltung. Ein Beispiel: Die Konflikte rund um das GEG waren vielschichtig, aber die Konflikte waren mit einer generellen Verunsicherung und der Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Stimmung durch die Politik verbunden.

Vor diesem Hintergrund ist es – nicht nur für die neuen sozial-ökologischen Allianzen – elementar, sich mit den potenziell aufkommenden Verteilungskonflikten zu befassen. In Kapitel drei haben wir gezeigt, welche existierenden und zu erwartenden Verteilungskonflikte bestehen: von Konflikten durch erwartbare Kostenerhöhungen bis zu staatlichen Finanzierungskonflikten. Wenn diese potenziellen Konflikte vorausschauend ausgelotet und von Politik und Allianzen mit geeigneten Narrativen unterlegt werden, kann es gelingen, das Leitbild einer „Just Transition“ zu verfolgen.

Mit einem vorausschauenden Blick können Verbände und die Politik Überraschungen frühzeitig erkennen – und kommen von einer reaktiven in eine proaktive Position, um handlungs- und durchsetzungsfähiger zu werden.

Ein neues Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat? Institutionelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze

- These 7: Die sozial-ökologische Transformation ist ein konfliktreiches gesellschaftliches Gemeinschaftswerk. Sie ist auf die Ko-Produktion von Zivilgesellschaft, zivilgesellschaftlichen Verbänden und Staat angewiesen.
- These 8: Bestehende Formen und Formate der Ko-Produktion sind weiterzuentwickeln und neue – auch experimentelle Formen – gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse sind zu entwickeln und zu finanzieren.

Die sozial-ökologische Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Staat und Zivilgesellschaft müssen in Aushandlungsprozessen zusammenwirken – wenn es im Sinne einer „Just Transition“ gerecht zugehen soll. Im Sinne einer Ko-Produktion von Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen muss es darum gehen, die Schnittstellen und die Interaktionen auf ein neues und höheres Niveau zu heben: von verbesserten Verfahren bei Anhörungen bis zur systematischen Etablierung von Kommissionen und der Entwicklung von Formaten in Anlehnung an die „Allianz für Transformation“ (siehe [Abbildung 3, S. 25](#)).

Unser Fazit: Demokratische Verfahren stehen unter Druck und brauchen eine Neukonfiguration. Mit Blick auf zentrale Probleme Deutschlands ist es unabdingbar, die organisierte Zivilgesellschaft und die neuen Allianzen stärker und handlungsrelevant einzubinden. Die sozial-ökologische Transformation in Verbindung mit der Grundidee einer „Just Transition“ erfordert die intensive Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure. Damit meinen wir Ko-Kreation, gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und die Ermöglichung von Bottom-Up-Prozessen. Die sozial-ökologische Transformation braucht intensive und handlungsorientierende Beteiligungsprozesse, denn: Es geht nicht nur um technische Innovationen, sondern vor allem auch um soziale Innovationen und neue Praktiken. Die zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre Handlungsoptionen stehen dabei im Mittelpunkt. Dabei geht es auch um die enge Einbeziehung der Wissenschaft und wie sie im Kontext der sozial-ökologischen Forschung eine wichtige und stärkende Rolle spielen kann.

Perspektiven aus der Praxis: Nur gemeinsam gelingt die sozial-ökologische Transformation

In staatlichen Kommissionen finden Aushandlungsprozesse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen statt. Das sollte auch künftig eine wichtige Rolle spielen, wenn es um die Befriedung essenzieller gesellschaftlicher Konflikte geht. Beispiele sind die Kohle-Kommission oder auch Zukunftskommission Landwirtschaft.²⁹ Unser Interview mit den beteiligten Akteuren zeigt: Nicht immer werden die Ergebnisse und Empfehlungen der sozial-ökologischen Allianzen direkt in politische Maßnahmen übersetzt. Die Zusammenarbeit eröffnet jedoch neue Perspektiven und ermöglicht mehr Sichtbarkeit, das zeigt etwa unser Gespräch mit dem NABU, dem Verkehrsclub Deutschland und dem Deutschen Gewerkschaftsbund zu ihrem Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende. Die Kompromissbereitschaft und das persönliche Engagement der Beteiligten haben sich gelohnt: Eine vergleichbare Zusammenarbeit von Umwelt- und Sozialverbänden gab es vor dem Bündnis nicht. Sozial-ökologische Zusammenarbeit ist damit mehr als nice-to-have. Sie ist jedoch darauf angewiesen, dass Plattformen des Austausches unterstützt werden – durch die Verbände selbst, aber auch durch Stiftungen oder staatliche Förderung. •

²⁹ Vgl. dazu das Interview Olaf Bandt und Xenia Brand in diesem Heft auf [S. 28](#).

Zum Weiterlesen

Sie wollen die Lektüre zu sozial-ökologischen Allianzen vertiefen? Unsere Empfehlungen:



Beitrag zu Sammelband
Die Schnittstelle von Politik und organisierter Zivilgesellschaft. Neu-konfiguration erforderlich
Autorin: Helen Sharp

Download: www.ioew.de/zumutung_und_zuversicht



Abschlussbericht
Das Netzwerk Ressourcenwende. Analyse der Möglichkeiten einer besseren Beteiligung von Umweltverbänden an

Debatten und transdisziplinären Forschungen am Beispiel Ressourcenpolitik
Autor*innen: Benedikt Jacobs, Rolf Buschmann, Rubén Kaiser, Friederike Hildebrandt, Carla Young, Helen Sharp, Timea Campedelli
Download: www.ioew.de/netzwerk_ressourcenwende



Fallstudie Verbände
Zivilgesellschaftliches Engagement und nachhaltiges Gemeinwohl
Autor*innen: Cathérine Lehmann,

Anna Gall, Helen Sharp, Kathrin Lehmann, Florian Kern
Download: www.ioew.de/zivilgesellschaftliches_engagement_nachhaltiges_gemeinwohl



Zeitschriftenartikel
Sozial-ökologische Transformation gerecht gestalten. Bestand und Analyse bestehender Bündnisse

Autor*innen: Cathérine Lehmann, Ulrich Petschow, Bjarne Behrens, Florian Kern
Download: www.ioew.de/transformation_gerecht_gestalten

Abschlussbericht

Potenziale, Hemmnisse und Perspektiven neuer Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Umwelt-, gewerkschafts- und sozialpolitische Akteure im Spannungsfeld unterschiedlicher Kontexte, Logiken und Zukunftsvorstellungen

Autor*innen: Ulrich Petschow, Helen Sharp, Pauline Rioussset, Klaus Jacob, Anna-Lena Guske, Giulia Kalt, Michael Schipperges, Hans-Jürgen Arlt
Download: www.ioew.de/potenziale_hemmnisse_perspektiven_neue_allianzen



IÖW-Impulse

Transformation? Ja, aber gerecht! Neue institutionelle Strukturen für eine Just Transition

Autor*innen: Helen Sharp, Ulrich Petschow
Download: www.ioew.de/impulse-transformation



Bericht

Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik. Systematisierung der sozialen Dimension von Umweltpolitik

Autor*innen: Ulrich Petschow, Pauline Rioussset, Helen Sharp, Klaus Jacob, Anna-Lena Guske, Nick Holzberg
Download: www.ioew.de/neue_allianzen_nachhaltigkeitspolitik



Broschüre

Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen

Autor*innen: Helen Sharp, Ulrich Petschow, Hans-Jürgen Arlt, Klaus Jacob, Giulia Kalt, Michael Schipperges
Download: www.ioew.de/neue_allianzen_transformation



Zitierte Literatur

Acemoglu, D; Johnson, S. (2023): Macht und Fortschritt. Frankfurt am Main.

Bläsius, J.; Bollrich, E.; Overmeyer J. (2025): Abgebaut, abgehängt, abgewählt. Wie kann Daseinsvorsorge die Demokratie stärken? <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/22243.pdf>

BMW (2024): Vermögensungleichheit in Deutschland und Europa. <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/03/05-vermoegensungleichheit-in-deutschland-und-europa.html> (aufgerufen am 06.08.2025)

Bundesverfassungsgericht (2021): Beschluss vom 24. März 2021. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html (aufgerufen am 06.08.2025)

Europäische Union (2024): Standard Eurobarometer 101 – Spring 2024. Country Factsheet Deutschland. <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=92188>

Foundational Economy Collective (2019): Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin.

Hummel, S.; Pfitter, L.; Strachwitz, R. (2022): Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland: Ein Bericht. Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaar-76997-7>

Jäckel, J.; de Maizière, T.; Voßkuhle, A. (2025): Initiative für einen handlungsfähigen Staat. Abschlussbericht. Freiburg im Breisgau. https://www.hertie-school.org/fileadmin/4_Debate/Debate_Photos_Downloads/2024/Initiative_handlungsfaeiger_staat/20250714_Initiative_Staatsreform_Abschlussbericht.pdf

Jäger, A. (2023): Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin.

Körber-Stiftung (2024): Demokratie in der Vertrauenskrise. https://koerber-stiftung.de/projekte/demokratie-in-der-krise-umfrage-2024/?page_num=6#s41894 (aufgerufen am 17.07.2025)

Lehmann, C.; Petschow, U.; Behrens, B.; Kern, F. (2022): Sozial-ökologische Transformation gerecht gestalten. Bestand und Analyse bestehender Bündnisse. In: Sozialrecht + Praxis. Fachzeitschrift für Sozialpolitiker und Schwerbehindertenvertreter. Ausgabe 9/22, S. 556–568.

Löschel, A.; Grimm, V.; Matthes, F.; Weidlich, A. (2024): Expertenkommission zum Energiewende-Monitoring: Monitoringbericht. Berlin u. a. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/monitoringbericht-expertenkommission-zum-energiewende-monitoring.pdf?__blob=publicationFile&v=8

Macedo Weiß, P. (2025): Demokratie ist kein Minimalismus. Beitrag in der Frankfurter Rundschau vom 29.07.2025. <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/demokratie-ist-kein-minimalismus-93846852.html> (aufgerufen am 06.08.2025)

Petersen, T. (2025): Tiefstart. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 92 vom 19. April 2025. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_April2025_13002-Tiefstart.pdf

Schneidewind, U. (2024): Transformation in der Komfortfalle. Zeit für neue Zukunftserzählungen. In: Bundeskanzleramt (Hg.): Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt. Berlin, S. 116–121.

Sharp, H. (2024): Die Schnittstelle von Politik und organisierter Zivilgesellschaft – Neukonfiguration erforderlich. In: Bundeskanzleramt (Hg.): Zwischen Zumutung und Zuversicht. Transformation als gesellschaftliches Projekt, S. 98–101.

Sharp, H.; Hofmann, D.; Petschow, U. (2024): Transformation gemeinsam gestalten. Wie Politik und Zivilgesellschaft in der Polykrise besser zusammenwirken können. IOW-Impulse Nr. 7. https://www.ioew.de/publikation/transformation_gemeinsam_gestalten

Sharp, H.; Petschow, U. (2021): Transformation? Ja, aber gerecht! Neue institutionelle Strukturen für eine Just Transition. IÖW-Impulse Nr. 2. https://www.ioew.de/publikation/transformation_ja_aber_gerecht

Sharp, H.; Petschow, U.; Arlt, H.-J.; Jacob, K.; Kalt, G.; Schipperges, M. (2020): Neue Allianzen für sozial-ökologische Transformationen. Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation>

Statista (Schmidt, P.) (2025): Wie sehr vertrauen Sie den politischen Parteien? Statistik basierend auf der Europäischen Kommission, November 2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-parteien> (aufgerufen am 17.07.2025)

UBA (2024): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/umweltbewusstsein-umweltverhalten> (aufgerufen am 06.08.2025)

Zick, A.; Küpper, B.; Mokros, N. (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eab-dae3e0fd>

Aus sozialer und ökologischer Sicht hat die bisherige Wirtschafts- und Lebensweise in Industrieländern gravierende negative Folgen. Sie beutet die Umwelt aus, belastet das Klima und führt zu sozialer Ungleichheit und Spaltung. Deshalb bedarf es eines sozial-ökologischen Transformationsprozesses, der bestehende und mögliche neue soziale Ungerechtigkeiten vermeidet. Das Projekt „Die sozial-ökologische Transformation gemeinsam gerecht gestalten“ erkundete neue Ansätze, die die sozial-ökologische Transformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Sozial-, Umweltverbände und Gewerkschaften diskutierten in Workshops des Projekts mögliche Transformationspfade und erarbeiteten Empfehlungen. Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung initiierte, begleitete und analysierte diese Prozesse. Die Ergebnisse lesen Sie in diesem Magazin.

www.ioew.de/zukunftsgerecht